G 12830 E

Deutschland Archiv

6

Zeitschrift für das vereinigte Deutschland

Aus dem Inhalt

Gisela Helwig
Widersprüche

Dieter Vesper
„Milliardengrab Ost"?

Karl Eckart
Wirtschaftlicher Umbau in Ostdeutschland

Maria Haendcke-Hoppe-Arndt
Der ökonomische Niedergang der DDR

Josef Schmid
Neue Literatur zur Wirtschaft in Ostdeutschland

Wolf Rainer Leenen
Ausländerfeindlichkeit und politische Öffentlichkeit

Erich Röper
Minderheitenschutz im Vielvölkerstaat Deutschland

28. Jahrgang
Juni 1995
ISSN 0012-1428

Inhalt

Kommentare und aktuelle Beiträge

Gisela Helwig: Widersprüche 561
Hans-Georg Golz: Drei Parteien, zwei Lager? Nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen und Bremen 563
Jürgen P. Wallmann: Die geteilte Erinnerung. Zur Jahrestagung des PEN-Zentrums Bundesrepublik Deutschland in Mainz 566
Siegfried Schwarz: Vom „Europa-Archiv" zur „Internationalen Politik" 569

Essays – Berichte – Analysen

Dieter Vesper: „Milliardengrab Ost"? Unaufgeregte Anmerkungen zu einer aufgeregten Debatte 572
Karl Eckart: Der wirtschaftliche Umbau in den neuen Bundesländern 578
Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR 588
Wolf Rainer Leenen: Ausländerfeindlichkeit, fremdenfeindliche Gewalt und politische Öffentlichkeit 603

Forum

Erich Röper: Minderheitenschutz im Vielvölkerstaat Deutschland 625
Karlheinz Lau: Verlieren wir das historische Ostdeutschland aus dem Geschichtsbild? . 633
Jürgen Rochlitz: Der Abgeordnete verleumdet keineswegs. Zu Hermann Webers „Nicht immer brennt Feuer, wenn es qualmt", DA 3/1995 640
Hermann Weber: Ignoranz ist kein Freibrief für Verleumdung. Antwort auf Jürgen Rochlitz . 641

Fachgruppentagungen der Gesellschaft für Deutschlandforschung e.V. 642

Tagungsberichte

Peter Juling: Deutschland: Vom Objekt zum Subjekt der Weltpolitik. 17. Jahrestagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung . . . 643
Steffen Kailitz: „Linksradikalismus und Linksextremismus in Deutschland". Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth 645
Christa Hoffmann: Extremismus und Demokratie. 9. Tagung des Veldensteiner Kreises . . 647

Die Autorinnen und Autoren dieses Heftes . . 649

Rezensionen

Neuordnung der Wirtschaftsstrukturen in Ostdeutschland: Aufbau, Umbau oder Raubbau? Ein Literaturbericht (Josef Schmid) . . 650
Norbert Haase/Brigitte Oleschinski (Hrsg.): Das Torgau-Tabu. Wehrmachtsstrafsystem – NKWD-Speziallager – DDR-Strafvollzug (Thomas Ammer) 657
Ernst Cloer/Rolf Wernstedt (Hrsg.): Pädagogik in der DDR. Eröffnung einer notwendigen Bilanzierung / Dietrich Hoffmann/Karl Neumann (Hrsg.): Erziehung und Erziehungswissenschaft in der BRD und der DDR. Bd. 1: Die Teilung der Pädagogik (1945–1965) / Heinz-Hermann Krüger/Winfried Marotzki (Hrsg.): Pädagogik und Erziehungsalltag in der DDR / Wolfgang Steinhöfel (Hrsg.): Spuren der DDR-Pädagogik (Oskar Anweiler) 660
Adam Weyer/Stephan Wippermann/Monika Lins: „Ordentlich und fleißig arbeiten!" Die evangelischen Kirchen und die Arbeitswelt in der SBZ/DDR (Theo Mechtenberg) 665
Annotationen 667
Neue Bücher 1. Halbjahr 1995 668

Redaktionsschluß: 26. Mai 1995

Ausländerfeindlichkeit, fremdenfeindliche Gewalt und politische Öffentlichkeit

Wolf Rainer Leenen, Köln

Um die Themen Ausländer in Deutschland, Asyl und fremdenfeindliche Gewalt[1] ist es im letzten Jahr deutlich stiller geworden. So taucht etwa in einem der Leitmedien der öffentlichen Diskussion, dem „Spiegel", das Stichwort „Asyl" im Volltext des Jahrgangs 1992 1774mal, im Jahrgang 1993 noch 956mal, im Jahrgang 1994 nur noch 442mal auf[2]. Auch die Zahl der Angriffe gegen Asylbewerber und ihre Wohnheime und der fremdenfeindlichen Straftaten allgemein ist deutlich zurückgegangen. Während man im 2. Halbjahr 1992 im Monatsdurchschnitt etwa 800 fremdenfeindliche Straftaten, im 1. Halbjahr 1993 noch etwa 560 Gesetzesverletzungen registrieren konnte, waren es im Monatsdurchschnitt des 2. Halbjahrs 1994 noch etwa 250. Die „heiße Phase" der öffentlichen Diskussion wie auch der gewalttätigen Übergriffe ist also offenbar vorbei. Aber die Frage stellt sich: Wie kommt es zu solchen „heißen Phasen", wie zur jetzigen „Flaute"? Haben die fremdenfeindlichen Übergriffe die Diskussion über Ausländer und Asyl in Deutschland derart angeheizt? Oder hat vielmehr umgekehrt die politische Diskussion über das Zuwanderungsthema die Ausländerfeindlichkeit und das Ausmaß tätlicher Übergriffe bestimmt?

Die ausufernde Diskussion der letzten Jahre um die Hintergründe des massiven Anstiegs fremdenfeindlicher Gewalt hat eine riesige Bandbreite von Einflußfaktoren in den Blick genommen. Auf die Frage einer hilflosen Politik, welche Ursachen der um sich greifenden Ausländerfeindlichkeit zugrunde lagen, haben die Sozialwissenschaften nicht nur mit den klassischen Rassismus- und Faschismustheorien geantwortet, sondern zunehmend auch auf die verschiedensten Facetten des gesellschaftlichen Strukturwandels verwiesen: Wertewandel und Krise der Familie, Individualisierungstendenzen und Orientierungslosigkeit der Jugend, Gewalt in den Medien und sozialer Umbruch in den neuen Bundesländern. Die Diagnose lautete jedenfalls ganz überwiegend, daß Ausländerfeindlichkeit als ein „soziales" Problem zu sehen ist, um das sich in erster Linie die Familien, dann aber auch Lehrer und Sozialarbeiter kümmern sollten. Daß die fremdenfeindlichen Übergriffe in einem *politischen Kontext* stehen, rückte dagegen immer mehr an den Rand der Diskussion.

Dabei sind die Hinweise auf diesen Zusammenhang überdeutlich. Zwar kommen Untersuchungen zur Täterstruktur und zu den Hintergründen der fremdenfeindlichen Übergriffe[3] zu dem Ergebnis, daß die Delikte selten einem politischen Konzept, eher dagegen einer spontanen Gruppendynamik folgten, in der u. a. der Alkoholkonsum der meist jugendlichen Täter eine große Rolle spielte. Dennoch gibt es gute Gründe, von *politischer Gewalt* zu sprechen, weil sie von bestimmten politischen Einstellungen und spezifischen Konflikten bestimmt war.[4] Das ist schon an der Stoßrichtung der Gewaltaktionen abzulesen, die sich nicht zufällig überwiegend gegen die politisch umstrittenen Zuwanderer und ihre Unterkünfte richteten. Die aufruhrähnlichen Ausschreitungen von Rostock, Quedlinburg, Wismar oder Saarlouis waren zudem von Motiven des politischen Protests unterfüttert und wurden von Jugendlichen

1 Ich verwende die Begriffe Fremdenfeindlichkeit und Ausländerfeindlichkeit im folgenden lediglich der Einfachheit halber. Zur Begriffskritik siehe Leenen, W. R.: „Ausländerfeindlichkeit in Deutschland. Politischer Rechtsruck oder Politikversagen?", DA 10/1992, S. 1039–1054.

2 Herrn U. Booms und der Dokumentationsabteilung des „Spiegel" habe ich für umfangreiche Recherchen zu danken.

3 Siehe insbesondere Willems,H./Würtz, St./Eckert, R., Fremdenfeindliche Gewalt: Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen. Forschungsbericht für das BMFJ, Bonn 1993. Mit Ergänzungen als Buch veröffentlicht unter dem Titel: Willems, H. (zusammen mit R. Eckert, St. Würtz u. L. Steinmetz), Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation, Opladen 1993. Die Ergebnisse der Verfassungsschutzberichte und die Untersuchungen der Landeskriminalämter weisen in die gleiche Richtung.

4 Vgl. Eckert, R.: „Politische Beteiligung, Proteste und Gewalttätigkeit", in: Starzacher, K./Schacht, K./Friedrich, B./Leif, Th. (Hrsg.), Protestwähler und Wahlverweigerer, Köln 1992; abgedruckt in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.), Rechtsextremismus und Gewalt, St. Augustin 1993, S. 124–132 (124).

inszeniert, die sich sozial benachteiligt und vom politischen System vernachlässigt fühlten. Die politische Unzufriedenheit richtete sich aggressiv nicht nur gegen Ausländer, sondern auch gegen die Staatsmacht und die von ihr „besetzten" Häuser. Aber auch den Nacht-und-Nebel-Aktionen, den willkürlich wirkenden Anschlägen und Überfällen einzelner Gruppen lagen politische Einstellungen zugrunde: Nicht zufällig ereignen sich mehr Straftaten an Symbol-Tagen der politischen Rechts-Szene, z.B. am Tag der Deutschen Einheit (3. Oktober). Auch ist aus den Gerichtsakten ersichtlich, daß nicht gleichsam politisch neutral immer nur Alkohol als enthemmender Faktor eine Rolle spielt; als Aufputschmittel fungiert auch Musik, und zwar solche mit rechtsradikalen Texten, oder das Hören von Hitler-Reden.

Während über die personalen Vorbedingungen für die Straftaten inzwischen schon ein deutlicheres Bild gewonnen werden konnte[5], sind die Anknüpfungspunkte für Gewalthandeln und „Eskalationsbeiträge" (Willems), die das politische System beigesteuert hat, systematisch kaum erforscht. Diese politischen Vorbedingungen muß man aufklären, will man die Gewaltaktionen nicht vorschnell als „Ausrasten" von einigen „Hirnlosen" (Engholm) ins nur Pathologische und Randständige abdrängen.[6] Fehlende soziale Integration oder politische Entfremdung auf seiten der Täter mündet nicht unvermittelt in fremdenfeindliche Gewalt, sondern sucht über kollektive Deutungsprozesse Anschluß an gesellschaftliche Konflikte.[7] Zu fragen ist deshalb, mit welchen Deutungsmustern Zuwanderungsfragen politisch bearbeitet wurden und wie sie zum öffentlichen Reizthema werden konnten. Das mehr oder weniger willkürliche Anheizen der politischen Stimmung von seiten einzelner Politiker soll dabei nicht interessieren. Die Probleme liegen auf einer grundsätzlicheren Ebene. Es geht um Eigengesetzlichkeiten des Systems „politischer Öffentlichkeit", das als „Vorhof zur Macht" systembedingt „umkämpftes Gebiet"[8] ist, und um die dort entwickelten Strategien der Auseinandersetzung über sog. *issues,* über „öffentliche Streitfragen".[9]

Im folgenden stehen also nicht die jugendlichen Täter und ihre Sozialisation im Mittelpunkt der Überlegungen, sondern Institutionen der politischen Öffentlichkeit: Parteien, Medien und ihre Interaktionen mit dem Publikum. Zunächst wird geklärt, wie das Zuwanderungsthema in den konkurrenzdemokratischen Kampf der Parteien geraten ist und welchen Zuschnitt das

5 Siehe Heitmeyer, W. u. a., Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie, München/Weinheim 1992; Leiprecht, R./Held, J./Marvakis, A./Horn, H., Jugendliche und Rechtsextremismus – Laufende und abgeschlossene Forschungen in Ost- und Westdeutschland, Düsseldorf (Hans-Böckler-Stiftung: Manuskripte 68) 1992; Schnabel, K. U.: „Ausländerfeindlichkeit bei Jugendlichen in Deutschland. Eine Synopse empirischer Befunde seit 1990", Zeitschrift für Pädagogik, 39 (1993) 5, S. 799–802; Fend, H.: „Ausländerfeindlich-nationalistische politische Weltbilder und Aggressionsbereitschaft bei Jugendlichen in Deutschland und der Schweiz – kontextuelle und personale Antecedensbedingungen", Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 14, 2/1994, S. 131–162. In der neueren Forschung wird zunehmend auch beachtet, daß bei den Gewalttaten männliche Identifikationsmuster beim Übergang ins Erwachsenenalter, starkes Freund/Feind-Denken, Überidentifikation mit der Gruppe und dem Gruppenzusammenhalt, Kraftmeierei und diffuse Gewaltneigung eine zentrale Rolle spielen. Siehe dazu auch: Möller, K.: „Rechte Jungs", Neue Praxis 4/1993, S. 314–328.

6 Dies ist auch ein Beitrag zur Klärung der in jüngster Zeit diskutierten Frage nach dem „Extremismus (aus) der Mitte". Siehe Pfahl-Traughber, A.: „Die Extremen, die aus der Mitte kommen", Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Dezember 1994, S. 38.

7 „So ist in diesem Zusammenhang dann weniger interessant, ob Skinhead-Banden aus überdurchschnittlich vielen (ehemaligen) Bettnässern, Schlüsselkindern oder Trabantenstadtbewohnern bestehen, sondern die Verbindung zwischen den gesellschaftlichen Machtstrukturen, durch welche sie zur Gewalt sozial (und physisch) Schwächeren gegenüber ermutigt, und dem *Selektionsmechanismus, durch den ihre Opfer identifiziert werden."* Merten, R./Otto, H.-U.: „Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im Kontext von Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus", in: Merten, R./Otto, H.-U. (Hrsg.), Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 319, Bonn 1993, S. 13–33 (28). Hervorhebung in kursiv von mir.

8 Siehe dazu ausführlich Gerhards, J./Neidhardt, F.: „Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze". in: Müller-Doohm, St./Neumann-Braun, K. (Hrsg.), Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie, Oldenburg 1991, S. 31–89.

9 Vgl. Weiß, H.-J.: „Öffentliche Streitfragen und massenmediale Argumentationsstrukturen", in: Kaase, M./Schulz, W. (Hrsg.), Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde. Sonderband 30 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1989, S. 473–489 (476).

„politische Issue" dadurch erhalten hat. Dann wird gezeigt, welche Faktoren die Problemwahrnehmung der Bevölkerung bestimmen und welche spezifische Brisanz dabei Thematisierungsprozesse haben. In Abschnitt 3 wird nachgezeichnet, wie parteipolitische Kalküle, in Abschnitt 4, wie Verwertungsinteressen der Medien die Thematisierung von Zuwanderungsfragen beeinflussen. Abschließend wird diskutiert, in welchem Verhältnis die Funktionslogik der politischen Öffentlichkeit zum Aufflackern und Abebben der Gewaltaktionen stehen könnte und welche Schlüsse daraus zu ziehen sind.

1. Zur Etablierung des Ausländerthemas als Abwehr-Issue

Politische Issues simplifizieren notorisch, weil der politische Diskurs eine enorme Komplexität bewältigen muß: Nicht nur die Ereignisse selbst ('als was' sie zu interpretieren sind), auch ihre Ursachen und Konsequenzen werden zu Schlagworten verkürzt und damit zu einer öffentlich diskutierbaren Vorstellung („Haushaltsloch", „Waldsterben" oder „Asyltourismus") verdichtet. Die politische Auseinandersetzung bewegt sich von Beginn an in sprachlichen Symbolwelten, die eine spezifische Betrachtungsperspektive erzeugen. Hat sich eine solche Perspektive mit den sie stützenden *„politischen Metaphern"*[10] in der politischen Diskussion erst einmal durchgesetzt, haben es alternative Problemformulierungen schwer, noch Gehör zu finden: *„Einmal akzeptiert, wird eine metaphorische Auffassung zum begrifflichen Kristallisationspunkt, um den herum die Öffentlichkeit in der Folge passende Informationen organisiert und in dessen Licht sie diese Informationen interpretiert."*[11]

Die Perspektive der öffentlichen Diskussion über das Zuwanderungsthema konnte sich in der Bundesrepublik besonders verfestigen, weil Regierung und Opposition in entscheidenden Phasen der Zuwanderungspolitik sehr ähnliche politische Positionen eigenommen haben. Bei der Konzeption der Gastarbeiter-Beschäftigungspolitik in den fünfziger Jahren und dann in den Reaktionen auf Probleme der Zuwanderung in den siebziger Jahren ist ein Verständnishorizont gesetzt worden, der bis in die unmittelbare Gegenwart die Diskussion noch bestimmt. Während sich alle klassischen Einwanderungsländer von einer Zuwanderung ganz selbstverständlich einen Zuwachs an Wirtschaftskraft und Wohlfahrt versprechen, eine Perspektive, die ja auch im Rahmen der Aussiedlerpolitik der letzten Jahre von der derzeitigen Bundesregierung betont wurde, hat sich in der deutschen Zuwanderungsdiskussion schon sehr früh eine Belastungs-Optik etabliert. *Diese Belastungs-Perspektive (und der von ihr ausgelöste Abwehrimpuls) liefert das Rahmen-Thema, die Hintergrundfolie, von der her jegliche Diskussion um „Ausländerfragen" seit Ende der siebziger Jahre (und bis in Formulierungen des Ausländergesetzes von 1991) ihr Vorverständnis erhält.* Die Genese dieses Diskussionsrahmens läßt sich am Wandel des Zentralbegriffs der politischen Diskussion veranschaulichen.

Der Begriff „Gastarbeiter" beispielsweise, der ja erst in den späten fünfziger und sechziger Jahren den bis dahin üblichen, aber durch den Nationalsozialismus belasteten Begriff „Fremdarbeiter" abgelöst hat, ist eine Wortschöpfung, die in nuce das damalige Zuwanderungskonzept enthält, nämlich das des zeitlich begrenzten Imports purer Arbeitskraft. Man hat eine ökonomische Lösung für die überzähligen Arbeitskräfte in den Schwellenländern und den Arbeitskräftebedarf der Industrieländer gesucht und es geschafft, den menschlichen Aspekt dieser Bevölkerungsbewegung auszublenden und damit auch die Tatsache, daß die Arbeitswanderer danach streben könnten, soziale und familiäre Wurzeln im Aufnahmeland zu bilden. Der bis in die Adenauer-Zeit zurückgehende 'ausländerpolitische Dreisatz':

- Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland;
- Ausländerpolitik ist Arbeitsmarktpolitik und
- Arbeitsmigration ist vorübergehend

hat über Jahrzehnte hinweg die Zuwanderungspolitik in der Bundesrepublik bestimmt; die nun schon über 40 Jahre andauernde Zuwanderung

10 Edelman, M.: „Politische Sprache und politische Realität", in: Greiffenhagen, M. (Hrsg.), Kampf um Wörter?, München–Wien 1980, S. 39–45 (44).
11 Ebd.

ist dadurch offenbar nur wenig beeinflußt worden.[12]

Mit dem Begriff „ausländischer Mitbürger" versuchte sich die neugewählte sozialliberale Koalition vom „Gastarbeiter" zu lösen. Zuwanderung wurde nicht länger nur als Beschäftigungsfrage, als rein ökonomisches Problem, sondern als soziale Integrationsfrage (insbesondere mit Blick auf die Zweite Generation) verstanden. Aber diese Perspektive hat sich unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise 1973 und den nachfolgenden Arbeitsmarkt- sowie Finanzproblemen nicht durchsetzen können. Von Einwanderung ging auch die Politik der sozialliberalen Koalition zu keinem Zeitpunkt aus, so daß man allenfalls vom Ziel einer „Integration auf Zeit" sprechen könnte. Das Mißlingen des Versuchs, über den Anwerbestopp (1973) eine Zuzugsbegrenzung und „Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung" durchzusetzen, machte schlaglichtartig deutlich, daß der Zuwanderungsdruck auf die reichen Industrienationen Westeuropas ein Dauerproblem sein wird und daß sich eine Mobilität der Arbeitskräfte nicht je nach Konjunkturlage in ihrer Richtung einfach umdrehen läßt. Paradoxerweise hat gerade der Anwerbestopp die Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten vor die Alternative: „Rückkehr ohne Wiedereinreisemöglichkeit" oder „Familiennachzug" gestellt und damit die Einwanderungstendenz verfestigt.

Die Fehler, Versäumnisse und *„Hypotheken der bundesrepublikanischen Zuwanderungspolitik"*[13] reichen also weit zurück. Faktisch war schon in den siebziger Jahren eine Einwanderungssituation gegeben, ohne daß ein gesellschaftliches Bewußtsein oder ein politisches Instrumentarium dafür existiert hätten. Es fehlt der Bundesrepublik seit dieser Zeit im Außenverhältnis ein langfristiges Konzept für den Umgang mit dem Zuwanderungsdruck und im Innenverhältnis eine konsistente Integrations- bzw. Minderheitenpolitik. Statt dessen hat sich die deutsche Politik hinter einer gebetsmühlenhaften Nicht-Einwanderungs-Rhetorik verschanzt und die externen Effekte der Integrationsversäumnisse vor allem den mit ihrer Problemdichte ohnehin schon „überforderten Gesellschaftssegmenten" (E. Wiesendahl) aufgebürdet. Ohne Kontingentangebote für Krisengebiete, ohne Zulassungsquoten für Arbeitsmarktzuwanderer verlagerte sich der Zuwanderungsdruck schon Ende der siebziger Jahre auf den Familiennachzug und *„das Nadelöhr des Asylverfahrens"*.[14] Damit waren alle Möglichkeiten einer aktiven Gestaltung der Entwicklung aus der Hand gegeben und die Handlungsinitiative den Aufnahme suchenden Fremden überlassen. Das Mißbrauchs-Thema war damit schon vorgezeichnet. Der deutschen Politik blieb eine Palette von politisch zweifelhaften Abwehrmaßnahmen, restriktiven Verfahrensregeln (z. B. Zuzugsverbote für bestimmte Kommunen, Senkung des Nachzugsalters, Visa-Bestimmungen) oder Verschlechterungen der Aufnahmebedingungen im Falle der Asylbewerber (Arbeitsverbot, Sammellagerunterbringung, Sozialhilfekürzung), die häufig nicht nur rechtspolitisch bedenklich waren, sondern auch in Widerspruch mit der Integrationspolitik führten.

Der Umschwung in der öffentlichen Meinung fand statt, als sich in der Konjunkturkrise 1980–82 der Charakter der Zuwanderung wandelte. Trotz des Anwerbestopps überstiegen die Zuzüge von Ausländern die Fortzüge schon ab 1977 wieder. Die Anträge auf Asyl, die in den sechziger und bis Mitte der siebziger Jahre stets unter 10.000 pro Jahr gelegen hatten, erhöhten sich von 16.410 (1977) auf 51.493 (1979) und 107.818 Anträge im Jahr 1980. Vor allem die Zahl der Anträge türkischer Asylbewerber stieg von 7.900 im Jahr 1979 auf 57.900 Anträge im Jahr

12 „Seit der Gründung der Bundesrepublik sind (in den jeweiligen Grenzen) im Jahresdurchschnitt mehr als 275 000 Personen netto zugewandert, was etwa der Einwohnerzahl der Stadt Karlsruhe im Jahr 1993 entspricht." „Wir dürfen somit konstatieren, daß heute etwa jeder dritte Bürger der alten Bundesländer nicht hier leben würde, wenn in der Vergangenheit keine Zuwanderungen stattgefunden hätten." Dinkel, R. H./Lebok, U.: „Demographische Aspekte der vergangenen und zukünftigen Zuwanderung nach Deutschland", Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/1994, S. 27–36 (27 und 31).

13 Thränhardt, D.: „Ein Zuwanderungskonzept für Deutschland am Ende des Jahrhunderts", in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Einwanderungsland Deutschland. Bisherige Ausländer- und Asylpolitik. Vergleich mit anderen europäischen Ländern. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 14, Bonn 1992, S. 127–153 (136).

14 Bade, K. J.: „Ausländer- und Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Grundprobleme und Entwicklungslinien", in: ebd., S. 51–67 (64).

1980 massiv an. Die Opposition nutzte diese Entwicklung vor dem Hintergrund der Nicht-Einwanderungsrhetorik und der aktuellen Debatte über den Geburtenrückgang bei der deutschen Wohnbevölkerung zu einer Kampagne, in deren Verlauf auch der Begriff „Asylant" kreiert wurde.[15] Aus Angst vor einem Abdriften der eigenen Wählerschaft paßte sich die Regierung Schmidt/Genscher dem Oppositionsthema an mit dem paradoxen Ergebnis, eigene Stammwähler zu verprellen, ohne dafür Wähler aus dem Oppositionslager gewinnen zu können.[16] Unter dem Eindruck der sich weiter verschlechternden Arbeitsmarktsituation und der Haushaltsprobleme wurde das Ziel der Integrationsförderung „tiefer gehängt", die Ziele „Zuzugsbegrenzung" und „Stärkung der Rückkehrbereitschaft" wurden in die Regierungsprogrammatik aufgenommen. Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und FDP zur Ausländerpolitik vom 5. Mai 1982 übernimmt schon die Belastungs-Optik: *„Im Ergebnis spricht viel dafür, daß von der Bereitschaft der Bevölkerung her die Grenzen der Aufnahmefähigkeit für Ausländer erreicht sind."* Damit ist das politische Issue schon vor der Formierung der Wende-Koalition gewendet, und zwar als Ausländer-Thema, genauer: Als Ausländer-Abwehr-Thema[17], denn erst der Begriff „Ausländer" bringt Gruppen, die ansonsten wenig gemeinsam haben, wie beispielsweise Studenten aus der Dritten Welt, nachreisende Familienangehörige von 'Gastarbeitern' und Asylbewerber unter einen gemeinsamen Nenner, nämlich den der *Belastung.* Darin liegt der eigentliche Sinn und die Leistung des Ausländer-Begriffs in merkwürdigen Sprachschöpfungen wie „Ausländer"politik, „Ausländer"-pädagogik oder auch „Ausländer"feindlichkeit. In seiner Abwehr-Konnotation überboten wird der „Ausländer" lediglich noch vom „Asylanten", unter dem nach der polemischen Diskussion der Jahre 1979–82 ein „Wirtschaftsflüchtling" verstanden wird, der das Recht auf politisches Asyl „mißbraucht".[18] Seit der Endphase der Regierungszeit der sozialliberalen Koalition ist die deutsche Politik auf das Deutungsmuster der Überschreitung einer Belastungsgrenze[19] festgelegt, das Zuwanderungsfragen in das Schema von Angriff und Abwehr stellt. Gerade weil diese Grenze fiktiv ist, kann jegliche Äußerung subjektiver Belastungsgefühle als Annäherung an die oder als Überschreiten der Belastungsgrenze interpretiert werden. Indem ablehnende Reaktionen der Bevölkerung als Symptom der Grenzüberschreitung gewertet werden, dem man mit einer Begrenzungspolitik zuvorkommen muß, werden ausländerfeindliche Kräfte in eine gleichsam regierungsamtlich

15 Vgl. Link, J.: „Medien und 'Asylanten' – Zur Geschichte eines Unworts", in: Thränhardt, D./Wolken, S. (Hrsg.), Flucht und Asyl. Informationen, Analysen, Erfahrungen aus der Schweiz und der Bundesrepublik, Freiburg 1988, S. 50–61.

16 Vgl. Thränhardt, D.: „Politische Inversion. Wie und warum Regierungen das Gegenteil dessen erreichen, wofür sie angetreten sind", Politische Vierteljahresschrift, 25. Jg. (1984), S. 440–461.

17 Für K. H. Meier-Braun beginnt hier nach dem politischen „Wettlauf um Integrationskonzepte", den er m. E. jedoch etwas überschätzt, der „Wettlauf um eine Begrenzungspolitik". Meier-Braun, K.-H., Integration oder Rückkehr? Zur Ausländerpolitik des Bundes und der Länder, insbesondere Baden-Württembergs, Mainz 1988, S. 18 f.

18 Der Umkehrschluß, daß bei einer Anerkennungsquote von 5 Prozent die abgelehnten 95 Prozent „mißbräuchlich" gestellte Anträge sind, ist natürlich fadenscheinig. Es beweist lediglich, daß diese Personen nicht unter den sehr eng gefaßten Begriff der „politischen" Verfolgung fallen. Es gehört schon polemische Absicht dazu, den großen Kreis derjenigen, die unter die Bestimmungen der Genfer Konvention fallen, d. h. nicht abgeschoben werden dürfen, weil sie in ihrem Heimatland um Leib und Leben fürchten müssen, unter den Mißbrauchsverdacht zu stellen.

19 Aus dem ökologischen Kontext wird das Bild vom Überschreiten kritischer Schwellenwerte entlehnt und in pseudo-sozialwissenschaftlicher Sprache gefaßt auf Integrationsfragen übertragen. Ein sehr anschauliches Dokument ist hierzu ein Bericht des Innenministeriums von Baden-Württemberg zu Ausländerfragen aus dem August 1981, der einleitend zwar einräumt, daß „eine pauschale Definition und Interpretation der Belastbarkeit eines Raumes und seiner Bevölkerung mit Ausländern sowie der Versuch einer exakten Bestimmung von Belastbarkeitsgrenzen (...) fragwürdig und praktisch kaum möglich ist" (S. 8), aber dennoch zu sagen weiß, daß es solche Belastungsgrenzen gibt, die man daran erkennt, daß ihr „Überschreiten Fremdenfeindlichkeit provoziert und schwere soziale Gefahren und Spannungen hervorruft (...). Die Grenzen der Belastbarkeit sind insbesondere auch dann erreicht, wenn ein Großteil der einheimischen Bevölkerung das Zusammenleben mit einer Vielzahl von Ausländern oder die weitere Zuwanderung von Ausländern als eine Bedrohung der eigenen Identität, des eigenen Lebensgefühls und der eigenen Kultur zu empfinden beginnt." (S. 9)

anerkannte Indikatorenrolle gehoben. Dieses Denkmuster schleift sich in den achtziger Jahren in den politischen Diskurs ein und pflanzt sich bis in die politischen Stellungnahmen zu den Übergriffen der neunziger Jahre fort.[20] Für die politische Elite ist Ausländerfeindlichkeit nicht selbst das Politikum, sondern die politischen Verhältnisse sind es, die Ausländerfeindlichkeit hervorbringen.

2. Einstellungen und Problemwahrnehmungen der Bundesbürger

Die Mehrheit der Bundesbürger nimmt seit Ende der siebziger Jahre – in diese Zeit fallen bezeichnenderweise auch die ersten regelmäßigen Umfragen – Zuwanderungsfragen als „Ausländerthema", also aus der Belastungsperspektive wahr. Natürlich gab es auch andere Zuschnitte des Themas, die sich jedoch als Rahmenthema in der politischen Diskussion nicht durchsetzen konnten, wie beispielsweise „Solidarität mit der Dritten Welt", das Thema „politisches Asyl"[21] oder das Thema „Integration der 'Gastarbeiter', insbesondere der Zweiten Generation".[22] Meinungsumfragen zu diesen Themen fallen deutlich differenzierter aus als Befragungen zum Globalthema Zuwanderung oder „Ausländer". Letztere werden aus dem Blickwinkel des Belastungsparadigmas beantwortet, wobei folgende Einflußfaktoren die Ablehnungstendenz im einzelnen bestimmen:

a) Die Einordnung der Zuwanderung

Zuwanderung wird sehr unterschiedlich gewertet, je nachdem ob es sich um internationalen Austausch von Fachkräften, um Zuwanderung von Flüchtlingen, um den vorübergehenden Aufenthalt von Arbeitskräften oder die Nachreise von Familienangehörigen handelt. Entscheidend ist, ob die Zuwanderung als für das Kollektiv ökonomisch vorteilhaft oder nachteilig gilt. Bedrohlich bzw. unsympathisch wirken insbesondere Zuwanderer, deren ökonomische Potenz zweifelhaft ist und die entweder die Risiken öffentlicher Haushalte oder Arbeitsmarktrisiken tatsächlich oder vermeintlich erhöhen. Von daher wird auch zu Anfang der neunziger Jahre noch der Zuzug von EU-Arbeitnehmern relativ positiv gesehen, der ja unter dem Aspekt der *wechselseitigen* Freizügigkeit in der EU steht. Mit Skepsis und Ablehnung wird dagegen der Zuzug von Nicht-EU-Arbeitnehmern und insbesondere von Asylbewerbern beobachtet.[23]

20 So lautete die offizielle Verlautbarung von Innenminister Seiters nach den Rostocker Krawallen: „Die Krawalle in Rostock haben gezeigt, daß die jetzige Gesetzgebung nicht ausreichend ist. Dem Hauptproblem – dem unkontrollierbaren Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen vor allem aus Osteuropa – kann nur mit einer Verschärfung des Gesetzes begegnet werden." Stern Nr. 37/1992, S. 3.

21 Im Kontext der Solidaritätsperspektive gibt es eine beachtliche Bereitschaft zur Aufnahme von Zuwanderern bei wirklicher Not. So gibt es seit Jahren eine Zustimmung von über zwei Dritteln der Bundesbürger zum Institut des politischen Asyls. Trotz der langjährigen Debatte um den Mißbrauch des Asylrechtes und die Notwendigkeit einer Grundgesetzänderung fanden noch 1992 fast drei Viertel der Westdeutschen und 84 Prozent der Ostdeutschen das Recht auf Asyl gut, obwohl fast genau so viele davon überzeugt waren, daß es „mißbraucht" wird. Vgl. IPOS, Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1992 in Deutschland, Mannheim 1992, S. 86.

22 Von einer durchgängigen und im Zeitraum der letzten 15 Jahre stetig zunehmenden Ablehnung gegenüber allen Zuwanderern kann keine Rede sein. Vor allem gegenüber den Gastarbeitern und ihren Familien haben sich die Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre bestehenden Ablehnungstendenzen deutlich abgeschwächt. Dabei sind die Einstellungen zu den Kindern der Zuwanderer noch wesentlich weniger restriktiv als zu den Eltern, die offenbar eher Konkurrenzgefühle wecken. Im Infratest-Politik-Barometer lag zwischen 1978 und 1982 die Zustimmung zu dem Item „sollen für immer hierbleiben können" bei den Gastarbeitern (der Ersten Generation) zwischen 60 und 42 Prozent, bei den Kindern (also der Zweiten Generation) zwischen 71 und 60 Prozent. Zusammenfassend hierzu siehe W. R. Leenen (Anm. 1), S. 1046–51. Zum gleichen Ergebnis kommt auf der Basis von Erhebungen des Instituts für Demoskopie Allensbach: Köcher, R., Wachsende Ausländerfeindlichkeit, Institut für Demoskopie, Allensbach 1993.

23 Etwa ein Drittel der Bundesbürger will den Zuzug von Nicht-EU-Arbeitnehmern und auch von Asylsuchenden völlig unterbinden. Interessant ist, wie solche Auffassungen von Hintergrundannahmen beeinflußt werden. Nach den Daten des Allbus von 1991 möchten z. B. den Zuzug von Nicht-EU-Arbeitnehmern fast 40 Prozent der Bürger in den neuen Bundesländern gegenüber 28,4 Prozent in den alten Bundesländern völlig unterbunden sehen. In Westdeutschland sind auch gegenüber EU-Angehörigen nur etwa 10 Prozent, in Ostdeutschland dagegen 25 Prozent derart restriktiv eingestellt. Die entscheidende Hintergrundannahme dabei betrifft die Bedeutung ausländischer Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt. In Westdeutschland sind zwei Drittel der Befragten der Meinung, daß die deutsche Wirt-

b) Die zahlenmäßige Größenordnung der Zuwanderung

Dieser Aspekt spielt eine bedeutsamere Rolle als vielfach zugestanden wird. Eins der hervorstechendsten Ergebnisse der EG-Umfrage „Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz" aus dem Jahre 1988 war, daß es einen in der Richtung eindeutigen und hochsignifikanten statistischen Zusammenhang zwischen dem Anteil der Ausländer aus Nicht-EG-Ländern in einem Land und der negativen Bewertung von Ausländern als „zu viele" gibt, und zwar nicht nur für Deutschland, sondern für die EG-Staaten insgesamt. Die Wiederholung der Regressionsrechnung mit den Daten von 1990/92 bestätigt im übrigen die Richtung dieses Zusammenhangs, wenn auch nicht ganz die Stärke.[24] Vergleicht man die Ergebnisse der ersten Umfrage von 1988 mit den neueren Erhebungen, so stellt man vor allem zweierlei fest: Erstens ist die Wahrnehmung von Nicht-EU-Ausländern als „zu viele" vor allem in den Zentren der Zuwanderung wie Belgien, Frankreich oder Deutschland verbreitet, also in Ländern, in denen schon 1988 der Anteil von Nicht-EG-Angehörigen mehr als drei Prozent der Gesamtbevölkerung betrug. Zweitens reagiert die öffentliche Meinung offenbar auch auf das Tempo der Zuwanderung. Die stärkste Zunahme von Ablehnungsreaktionen zeigt sich in Ländern wie Italien und Griechenland, die sich im letzten Jahrzehnt von Auswanderungsländern zu Einwanderungsländern gewandelt haben und zudem einen schnell wachsenden Anteil an illegaler Zuwanderung zu verzeichnen hatten.

c) Angst vor wirtschaftlicher und sozialer Schlechterstellung

Ein wiederkehrendes Ergebnis der verschiedensten Untersuchungen zur Anfälligkeit für Ablehnungs- und Angstreaktionen je nach sozialer Stellung ist, daß die Ablehnung von Ausländern in den bildungsferneren Schichten, an beruflich weniger chancenreichen Arbeitsplätzen etc. tendenziell höher ist.[25] Der stabile Befund, daß mit steigender formaler Bildung die Ausländerakzeptanz steigt, läßt sich unterschiedlich erklären. Eine Deutung ist, daß in Abhängigkeit von der Aufenthaltsdauer im Bildungssystem ein Potential an kognitiven Differenzierungen und Toleranz vermittelt wird. Eine andere, viel banalere lautet, daß ein höherer Bildungsabschluß mit besseren Berufschancen und höherem Einkommen, kurz mit der Zugehörigkeit zu einer Schicht einhergeht, die den Zuwanderern meist nicht zugänglich ist. Personen mit höherem Bildungsabschluß sind von der Zuwanderung daher persönlich weniger betroffen. Umgekehrt treffen gerade die Schichten mit formal niedrigerem Bildungsgrad am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche, im Wohnviertel etc. mit den Zuwanderern zusammen. Nach den vorliegenden Umfragedaten fühlen sich tatsächlich insbesondere Bürger bedroht, die sich in Konkurrenz mit den Zuwanderern sehen. Das Bedrohungsgefühl ist durchgängig am stärksten ausgeprägt bei älteren, weniger gut ausgebildeten und um ihren Status besorgteren Bürgern.

d) Politische Thematisierung

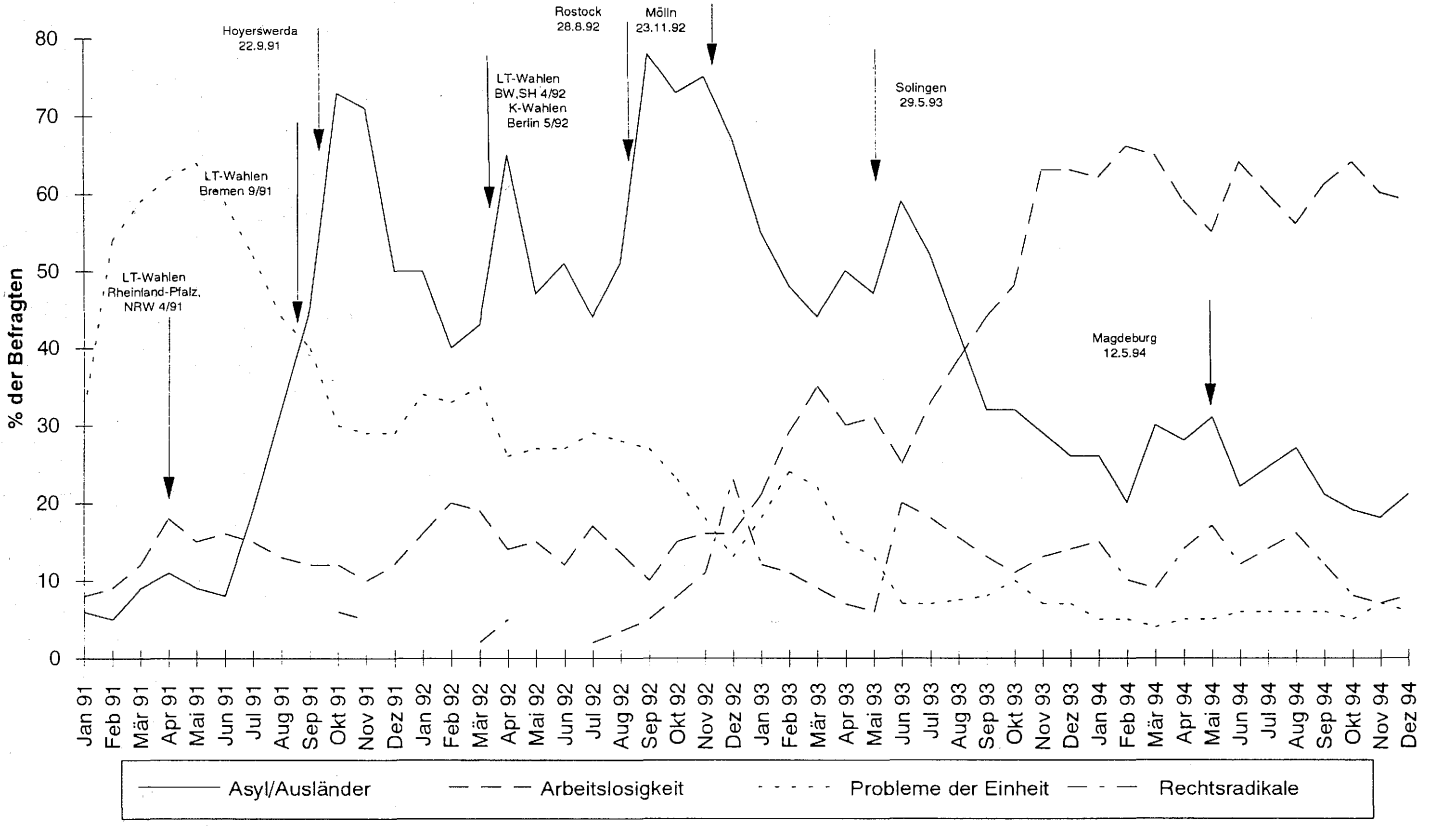
Angesichts der Erfahrungen mit einer negativen politischen Thematisierung des „Ausländerproblems" in der Wirtschaftskrise 1966/67, in den Jahren 1979–82 und 1989 sowie 1991–93 muß man davon ausgehen, daß eine negative öffentliche Thematisierung das Niveau ablehnender Einstellungen erhöht. Es stellt sich sogar die Frage, ob nicht allein schon eine Aufmerksamkeitssteigerung für das Issue „Ausländer" zu verstärkten Ablehnungsreaktionen führt. Wenn

schaft ausländische Arbeitskräfte braucht, in Ostdeutschland glauben fast ebensoviele das genaue Gegenteil. Siehe Wiegand, E.: „Zunahme der Ausländerfeindlichkeit? Einstellungen zu Fremden in Deutschland und Europa", ZUMA-Nachrichten 31 (1992), S. 7–28 (9).

24 Siehe Fuchs, D./Gerhards, J./Roller, E.: „Wir und die Anderen. Ethnozentrismus in den zwölf Ländern der Europäischen Gemeinschaft", Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1993, 238–253. Die Stärke des Zusammenhangs bestätigt sich mit r=0,576 nicht, wenn man die in dieser Untersuchung verwendeten Daten zum Ausländeranteil zugrundelegt. Geht man von den bei J. Cl. Chenais („The new migratory deal in Europe", Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 79 [1993], S. 87) aufgeführten Daten aus, erhält man bereits ein r=0,66. Eliminiert man die statistischen Problemfälle Großbritannien, Italien und Luxemburg, steigt r (der Korrelationskoeffizient) auf r=0,93.

25 Siehe W. R. Leenen (Anm. 1), S. 1049 und die dort angegebene Literatur.

Abbildung 1
Wichtigste politische Themen aus Sicht der westdeutschen Bevölkerung 1991–1994



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen.

nämlich die Rahmenperspektive der Belastung und das Denkmuster von Angriff und Abwehr einmal vorgegeben sind, steigert die politische Aufmerksamkeit auch die Problemwahrnehmung. Abbildung 1 zeigt, daß und wie die Aufmerksamkeit und die Problemwahrnehmung des Publikums mit Thematisierungskampagnen und kritischen Ereignissen zusammenfällt. Etwas holzschnittartig ließe sich behaupten: Die Thematisierung wird legal über politische Kampagnen und Wahlkämpfe, illegal durch die fremdenfeindlichen Übergriffe betrieben. Deutlich sichtbar ist, wie die Problemwahrnehmung in unmittelbarer Reaktion auf die ausländerfeindlichen Übergriffe von Hoyerswerda im Herbst 1991, Rostock und Mölln im Herbst 1992 sowie Solingen 1993 hochschnellt. Der Einfluß von Wahlkämpfen und politischen Kampagnen ist sehr viel uneindeutiger. Während es z. B. die „Asyl-Tourismus"-Kampagne vor den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz (21. April 1991) nicht schafft, das Thema aus dem Schatten der Einheits-Diskussion zu führen, treiben die Wahlkampfauseinandersetzungen im Vorfeld der Bürgerschaftswahl in Bremen (29. September 1991) die Problemwahrnehmung schon auf höchste Werte. Entscheidend war hier möglicherweise, daß die politischen Kampagnen im Sommer 1991 von den Medien massiv aufgegriffen und weitergeführt wurden.[26] Das gleiche gilt für die Wahlkämpfe im Frühjahr 1992. Die „Süddeutsche Zeitung" berichtete über die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, daß „Die Republikaner" ganze Phasen des Wahlkampfes mit photokopierten Artikeln aus der „BILD-Zeitung" bestreiten konnten.[27]

Ob aus einer gestiegenen Problemwahrnehmung wiederum Ablehnungsreaktionen folgen, kann man vermuten, aber nicht mit Sicherheit belegen.[28] Die spezifische Brisanz des „Ausländerthemas" liegt darin, daß die Wahrnehmung des Problems und des „Verursachers" in der Person des Zuwanderers zusammenfallen, daß also das politische Problem an bestimmten Personen festgemacht werden kann. Während bei der „Staatsverschuldung", dem „Waldsterben" usw. der Verursacher des Problems nur sehr verschwommen bestimmbar ist, ist das beim „Asylmißbrauch" prima facie anders. Politische Unzufriedenheit kann sich deshalb nicht nur gegenüber Politikern, sondern auch gegenüber dem personalisierten Thema austoben. Das hat für die Entstehung und Verbreitung von Ausländerfeindlichkeit enorme Konsequenzen. Wenn sich Aggressionen auf die angeblichen Problemverursacher richten, steigt die politische Aufmerksamkeit und damit wiederum die Problemwahrnehmung. Es spricht einiges dafür, daß das Publikum die „Ausländer" selbst dann noch mit zunehmenden Ablehnungsgefühlen beobachtet, als sie schon Opfer gewalttätiger Übergriffe sind.[29] Dies wäre eine erste Erklärung für Selbstverstärkungstendenzen von Ausländerfeindlichkeit und Grund, sich bestimmten Eigengesetzlichkeiten des politischen Kommunikationsprozesses genauer zuzuwenden.

3. Das Zuwanderungsthema im parteipolitischen Kalkül

Seit den achtziger Jahren hat sich das Zuwanderungsthema – übrigens nicht nur in Deutschland[30] – als ein Schlüsselthema in der Erobe-

26 Vgl. Quinkert, A./Jäger, S., „Warum dieser Haß in Hoyerswerda?" Die rassistische Hetze von BILD gegen Flüchtlinge im Herbst '91, DISS-Skript Nr. 4, Duisburg 1991.

27 Vgl. Thränhardt, D., Die Ursprünge von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im parteipolitischen Wettbewerb. Ein Vergleich der Entwicklungen in England, Frankreich und Deutschland. Unveröff. Ms. 1993, S. 15.

28 Genau genommen ist selbst die Hinsicht der im Politbarometer erfragten Problemwahrnehmung unklar. Ein Blick in die Datensätze der Forschungsgruppe Wahlen zeigt aber, daß von 1989–1992 die Zuwanderungen von Asylbewerbern und Aussiedlern eindeutig bei der Problemwahrnehmung im Vordergrund standen. Im Politbarometer 1989 wurden die Befragten, die „Asylanten" oder „Ausländer" als wichtigstes Problem in der BRD genannt hatten, um eine Spezifizierung gebeten. Die Antwortverteilung sah folgendermaßen aus: 1. die Ausländer, die bei uns einen Antrag auf Asyl gestellt haben (67,1 %), 2. die ausländischen Arbeitnehmer (8,1 %), 3. deutschstämmige Aussiedler (24,8 %).

29 Die zwei häufigsten Antworten auf die Frage „Wenn Sie jetzt einmal an das Wort 'Asylant' denken, woran denken Sie da zuerst, was fällt Ihnen bei Asylant alles ein?" waren nach einer Umfrage von Allensbach im Dezember 1991: 1. „Verfolgung, Ausschreitungen, Krawalle, Haß" (27 %) und 2. „Schmarotzer, Scheinasylanten (auch: Zigeuner)" (17 %). Vgl. Noelle-Neumann, E./Köcher, R. (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992, Band 9, München–New York–London–Paris 1993, S. 537.

rung politischer Mehrheiten erwiesen. Von daher erklärt sich die ungebrochene Neigung der Volksparteien, das Thema in Wahlkämpfen zur Mobilisierung entscheidender Wählerreserven einzusetzen. Zuwanderung ist einerseits ein Thema jeder Opposition, weil sich die tatsächliche Entwicklung immer weiter von der offiziellen Regierungsrhetorik („kein Einwanderungsland") entfernt hat. Es ist andererseits aber ein Thema der konservativen Parteien, weil es sich mit Fragen der nationalen Identität und der inneren Sicherheit verknüpfen läßt. Dadurch hat das Thema für die SPD eine andere Bedeutung als z.B. für die CDU/CSU, ist die politische Logik aus der Oppositionsrolle eine ganz andere als in der Regierungsverantwortung.

Während das Ausländer-Thema für die Opposition politischen Gewinn verspricht (vor diesem Hintergrund kündigte die CDU z.B. im hessischen Wahlkampf 1982 die Rückführung der damals vier Mio. Ausländer in der Bundesrepublik auf drei Mio. an), legt sich nach der Regierungsübernahme eher eine Strategie der Nicht-Thematisierung nahe. Die frisch gewählte Regierung Kohl/Genscher benennt noch unmittelbar nach Übernahme der Regierungsverantwortung die Ausländerpolitik als einen von vier Schwerpunkten ihres „Dringlichkeitsprogramms"[31], in der politischen Praxis verfolgt sie die angekündigte Politik der „Ausländerverdrängung" jedoch nur äußerst halbherzig. Schon in der zweiten Regierungserklärung nach der Bundestagswahl wird das Thema kaum mehr erwähnt.[32] Das Rückkehrförderungs-Programm von 1983 ist die einzige nennenswerte politische Maßnahme, die ergriffen wird; und selbst die ist strenggenommen eine politische Hinterlassenschaft der sozialliberalen Koalition. Diese Zurücknahme der Ausländerpolitik auf symbolische Aktionen und politische Rhetorik hat mit den eng gesteckten Grenzen der Handlungsfähigkeit zu tun, die mit internationalen Abhängigkeiten, dem nach wie vor bestehenden Arbeitskräftebedarf der deutschen Wirtschaft, der Haltung der Kirchen und Wohlfahrtsverbände zu Ausländerfragen, einer gewissen Rücksichtnahme auf die politische Selbstdarstellung des Koalitionspartners FDP und nicht zuletzt mit den erheblichen Haushaltskosten einer erfolgreichen Rückführungspolitik zusammenhängen. Zudem ist eine restriktive Ausländerpolitik in der Ankündigungsphase wählerwirksamer als im Vollzug, in dessen Verlauf sehr schnell Mitleidseffekte zum Tragen kommen und sich die Wahlbevölkerung mit den Betroffenen zu identifizieren beginnt. Es liegt also ganz in dieser Situationslogik begründet, daß die Regierung Kohl/Genscher versucht, nach der Regierungsübernahme durch *Dethematisierung* die nach wie vor nicht gelöste Zuwanderungsproblematik aus dem Zentrum der politischen Diskussion herauszuhalten. Das Thema wird lediglich punktuell in den Wahlkämpfen, z.B. im Landtagswahlkampf in Bayern 1986 instrumentalisiert, um die Wähler am rechten Rand des Wählerspektrums zu binden. Aber dies erweist sich in den späten achtziger Jahren angesichts hochschnellender Zuwanderungszahlen als zunehmend schwieriger.

Zwischen 1988 und 1993 sind in die Bundesrepublik etwa 1,6 Mio. Aussiedler und 1,4 Mio. Asylbewerber und aus dem Gebiet der ehemaligen DDR zusätzlich etwa 1,1 Mio. Personen in die alten Bundesländer zugewandert. Daß dieser Zuwachs auch von seiner quantitativen Größenordnung her gesehen nicht ganz unerheblich ist, zeigt der Vergleich mit einem 'klassischen Einwanderungsland': 1990 und 1991 waren die absoluten Zuwanderungszahlen für die Bundesrepublik höher als die für die USA.[33] In den fünf Jahren zwischen 1988 und 1993 wanderten in die BRD mehr Aussiedler und doppelt so viele Asylbewerber ein als in der gesamten Nachkriegszeit von 1950 bis 1987.

Die konservativ-liberale Bundesregierung kann

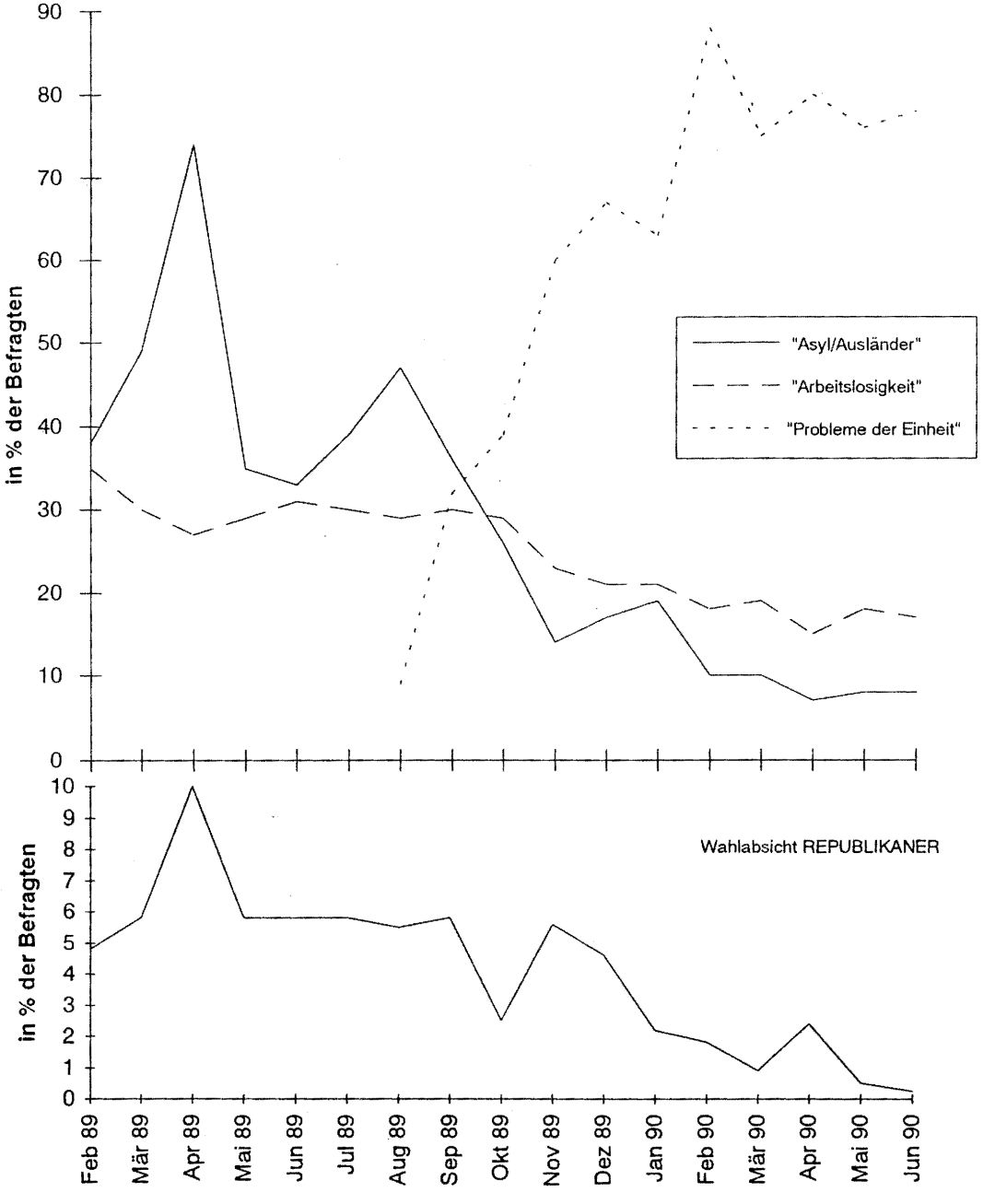
30 D. Thränhardt weist auf die Parallelen in England und in Frankreich hin. Siehe Thränhardt, D. (Anm. 27).

31 In den Koalitionsvereinbarungen heißt es: (1) „Die Bundesregierung wird sofort eine Reihe von Maßnahmen beschließen, die Anreize bieten für die Rückkehrbereitschaft von Ausländern". (2) „Die Bundesregierung setzt eine Kommission aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden zu Fragen der Ausländerpolitik ein (...). Die Kommission soll prüfen, wie (...) die gesellschaftlichen Probleme abgebaut werden können, die durch die große Zahl von Ausländern entstehen, die bei uns leben."

32 Vgl. Santel, B./Thränhardt, D.: „Ausländer", in: Andersen, U./Woyke, W. (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik, Opladen 1992, S. 9–13 (11).

33 Vgl. Thränhardt, D. (Anm. 13), S. 129.

Abbildung 2
Wichtigste politische Themen aus Sicht der westdeutschen Bevölkerung und Wahlabsicht „Republikaner" 1989–1990



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen.

diese reale Problemverschärfung nur deshalb so lange „aussitzen", weil die sozialdemokratische Opposition dieses Issue politisch nicht ausschlachten kann. Das Thema wird bezeichnenderweise erst von der politischen Rechten auf die Tagesordnung gesetzt. Sie spitzt den Widerspruch polemisch zu und erreicht es, durch radikale Äußerungen insbesondere in den Wahlkämpfen zu Beginn des Jahres 1989 (Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin am 29. Januar und Kommunalwahlen in Hessen am 12. März) und im Europa-Wahlkampf (Juni 1989), „Ausländer/Asyl" zum zentralen bzw. höchstbewerteten Thema der innenpolitischen Auseinandersetzung Ende der achtziger Jahre zu machen.[34] Im April 1989 werden die „Republikaner" hinsichtlich der Wahlabsichten der Bevölkerung erstmals vor den Grünen und der FDP drittstärkste politische Kraft.[35] Abbildung 2 zeigt den engen Zusammenhang zwischen der negativen Thematisierung der „Ausländerfrage" und der geäußerten Wahlabsicht „Republikaner" im Zeitraum 1989/90. In mehreren Wahlkämpfen mußten die Volksparteien die Erfahrung machen, daß sie die Wähler am rechten Rand nicht mehr durch eine populistische Rhetorik an sich binden konnten, sondern damit lediglich „Republikanern" und DVU zu Stimmengewinnen verhalfen.

Eine Ironie der Geschichte ist es, daß das Ende des kometenhaften Aufstiegs der „Republikaner" in der Wählergunst durch ihr ureigenes Thema, das der deutschen Einheit, eingeläutet wird. Das Thema „Ausländer/Asyl" wird durch ein aktuelleres Thema verdrängt: Mit der Fluchtwelle aus der DDR über Ungarn und die Tschechoslowakei und der politischen Krise in der DDR rückt dieses Thema und bis zur Bundestagswahl im Dezember 1990 das der Wiedervereinigung auf Platz 1 der Themenliste. Im Zuge dieser Entwicklung läßt das Interesse am Ausländerthema nach, und die Anhängerschaft der „Republikaner" bröckelt bis auf einen Kernbereich von etwa 2 Prozent der Wählerschaft ab.[36] Erst im Frühsommer 1991 hat sich das Einheits-Thema verbraucht. Gleichsam im Gegenzug (und durch die sich abzeichnenden Probleme der Vereinigung verschärft) steigt das Interesse am Thema „Ausländer/Asyl" wieder an.

Auf bundespolitischer Ebene haben CDU und CSU versucht, sich dem politischen Druck von Rechts durch Themenspaltung zu entziehen und die politische Unzufriedenheit abzulenken. Ein großer Teil der Zuwanderung, die Zuwanderung aus dem Osten, galt immer schon als politisch erwünscht; sie wurde als ökonomisch und demografisch vorteilhaft dargestellt und von einer systematischen regierungsoffiziellen Sympathiewerbung begleitet. Auf der anderen Seite wurde die Zuwanderung von Asylbewerbern als eher unerwünscht, als ökonomische und soziale Belastung und überwiegend auf Mißbrauch beruhend hingestellt. Die langjährige Debatte um die Grundgesetzänderung hatte vor allem die Funktion, die Verantwortung für diesen Teil der Zuwanderung der Blockadepolitik der SPD im Bundesrat anzulasten („SPD-Asylanten"). Die SPD glaubte lange, das Thema würde sich allein zu Lasten der Wählerschaft der Unionsparteien auswirken. Unterschätzt wurde, wie stark die langjährigen Politikversäumnisse auch ihr als ehemaliger Regierungspartei zugerechnet wurden und daß der eher materialistisch eingestellte Teil ihrer Wählerschaft die aus der postmaterialistischen Ecke favorisierte Be-

34 Dieter Roth macht zu Recht darauf aufmerksam, wie die Themenführerschaft durch gezielte Provokationen und kräftige Schützenhilfe der Medien durchgesetzt wurde: „Die Republikaner, die bis zum Jahresende 1988 kaum jemandem bekannt waren, lebten kurz vor der Wahl von einem Medienspektakel, das sich im Anschluß an einen umstrittenen Wahlspot der Partei entspann, der sich allein auf das Thema Ausländerangst konzentrierte. Auf solche Provokationen der äußersten Rechten folgten tumultartige Antworten der äußersten Linken, die Medien stiegen voll ein – und die Republikaner waren bekannt". Roth, D.: „Die Republikaner. Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand", Aus Politik und Zeitgeschichte B 37–38/1990, S. 27–39 (27).

35 Kaase, M./Gibowski, W. G.: „Deutschland im Übergang: Parteien und Wähler vor der Bundestagswahl 1990", Aus Politik und Zeitgeschichte B 37–38/1990, S. 14–26 (18).

36 Roth, D.: „Gibt es eine Wiedergeburt des Rechtsradikalismus?" in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Anm. 4), S. 201-209 (205).

37 Vgl. Wiesendahl, E.: „Verwirtschaftung und Verschleiß der Mitte. Zum Umgang des etablierten Politikbetriebs mit der rechtsextremistischen Herausforderung", in: Heitmeyer, W. (Hrsg.), Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus, Frankfurt a. M. 1994, S. 115–137 (128).

schwichtigungspolitik schon lange nicht mehr glaubwürdig fand.[37]

Selbst in ihrer Reaktion auf die Gewalttaten blieben die großen politischen Parteien in den Jahren 1990 bis 1993 in der Strategie der Stimmenmaximierung verfangen. Die Opposition auf Bundesebene hat versucht, sich ihre Zustimmung zur Grundgesetzänderung durch möglichst weitgehende politische Zugeständnisse abringen zu lassen. Die konservativen Regierungsparteien haben strikt am Abwehr-Thema festgehalten und im Vertrauen auf die ihnen zufallenden Stimmen aus dem Oppositionslager das Thema weiterhin angeheizt. Gezielt eingesetzte sprachliche Radikalisierungen wie „Staatsnotstand", „multi-kriminelle Gesellschaft", „durchraßte Gesellschaft", „Asyltourismus", „Wirtschaftsschmarotzer", „Sozialbetrüger" usw. haben zu einer „Normalisierung" rechtsradikaler Positionen (W. Heitmeyer) beigetragen. Noch im Herbst 1991 hat die SPD das Thema Asyl in den Wahlkampf in Bremen getragen (der der DVU letztlich 6,2 Prozent der Stimmen bescherte), forderte der damalige Generalsekretär der CDU, Volker Rühe, im Vorfeld der Kommunalwahlen in Niedersachsen die Mandatsträger seiner Partei per Rundbrief auf, auf kommunaler Ebene das Thema „Belastung durch Asylbewerber" weiter hochzuspielen. Mitgeliefert wurden Musterpresseerklärungen und Argumentationsleitfäden, in denen empfohlen wurde, u. a. danach zu fragen, ob Asylbewerber in Hotels untergebracht seien und was das koste.

Es war diese Konkretisierungsmöglichkeit in an Ort und Stelle erlebbare Verteilungskonflikte, die aus dem abstrakten bundespolitischen Issue zugleich ein „aufdringliches" kommunales Thema machte, das politisch besonders stark mobilisierte. Die Gemeinden mußten vor dem Hintergrund eines angespannten Wohnungsmarktes schnell wachsende Zahlen von Asylbewerbern an zum Teil spektakulären öffentlichen Plätzen[38] (Turnhallen und Sportplätzen, Schulhöfen, Jugendhäusern) unterbringen. In vielen Kommunen führte bereits der Konflikt zwischen den Plänen der Verwaltung und den Interessen der unmittelbaren Anwohner, der Wohnungssuchenden, der Nachfrager nach Kindergartenplätzen usw. zu erheblicher Unruhe. Zusätzlicher Sprengstoff entstand durch unsensible überörtliche Entscheidungen hinsichtlich der Verteilung der Zuwanderer. Die Gemeinden waren oft nicht fähig, manchmal auch gar nicht bereit, für diese Maßnahmen die Zustimmung der Bevölkerung zu gewinnen. Insbesondere die Einrichtung von zentralen Aufnahmestellen oder Sammelunterkünften in Gemeinden, die zu dieser Entscheidung nicht einmal gehört wurden, führte zu erheblichem Unmut. Nach den Rostocker Ereignissen vermuteten kritische Beobachter, daß die örtlichen Politiker mit einer Blockadepolitik den Volkszorn absichtlich zum Kochen brachten, um die Zumutung der Asylbewerberzuweisungen um so nachdrücklicher dokumentieren zu können.[39] Es kam zu der paradoxen Situation, daß auf allen politischen Ebenen Zuwanderungsfragen weiterhin aggressiv thematisiert wurden, ohne daß die mobilisierten Energien für politische Lösungen genutzt wurden. Nach einer Befragung im Oktober 1990 hatten ca. 60 Prozent der Bundesbürger nicht mehr den Eindruck, *„daß sich die Politiker ernsthaft um eine Lösung des Asylantenproblems bemühen"*[40]. Im Oktober 1991 trauten nur 45 Prozent der Bundesregierung eine Lösung der anstehenden Probleme (mit Ausländern und Asylsuchenden) zu, im September 1992 nur noch 33 Prozent der Bundesbürger (in den alten Ländern).[41] Ohne einzelne Politiker oder Parteien als 'Brandstifter' oder 'Sympathisanten' identifizieren zu wollen, stellt das Forschungsgutachten für das BMJF abschließend fest, für die Eskalation der Fremdenfeindlichkeit sei von entscheidender Bedeutung gewesen, *„daß die großen politischen Parteien trotz der bekannten Probleme und Spannungen in den Kommunen nicht in der Lage waren, sich*

38 Gerade die territoriale Komponente dieser Verteilungskonflikte spricht benachteiligte Jugendliche an, die mangels anderer Verfügungsmöglichkeiten dazu neigen, sich öffentliche Räume (symbolisch) anzueignen und diese zu verteidigen.

39 In Rostock kam dazu eine völlige Überbelegung der zentralen Anlaufstelle, die dazu führte, daß Asylbewerber aus Rumänien auf dem Rasen vor dem Wohnheim und auf Balkonen kampieren mußten. Der Abgeordnete Hirsch (FDP) urteilte nach einem Besuch dort: „Die Versäumnisse grenzen an Böswilligkeit". Der Spiegel 41/1992, S. 21.

40 Noelle-Neumann, E./Köcher, R. (Anm. 29), S. 537.

41 Vgl. ebd., S. 542.

schnell auf neue Konzepte, wenigstens hinsichtlich der Asylverfahrenspraxis, zu verständigen. Dies hat zu einem Vertrauensverlust und zur Delegitimierung von Politik beigetragen und die Legitimität und Attraktivität rechter und fremdenfeindlicher Parolen und Lösungen verstärkt."[42]

4. Ausländerfeindlichkeit und die Logik der Einschaltquoten

Die Medienlandschaft hat in den letzten 15 Jahren radikale technologische und ökonomische Veränderungen erfahren, die auch die politische Kommunikation beeinflußt haben. Durch die zunehmende Kommerzialisierung und den verschärften Wettbewerb ist die Aufmerksamkeitsleistung der Medien gegenüber ihrer Informationsleistung in den Vordergrund getreten. Seitdem für die Printmedien Absatzzahlen und für die Fernsehanstalten Einschaltquoten die ausschließlichen Erfolgsgrößen sind, ist auch die Tendenz unübersehbar, die Reizintensität der Berichterstattung zu erhöhen. Dazu gehören Strategien der Steigerung des Aufmerksamkeitswertes von Informationen durch Betonung von Unterhaltungselementen, durch Verstärkung der emotionalen Komponente (z. B. durch Konfrontations- und Polarisierungstechniken[43]) und durch Verletzung von Tabuzonen. Die bei der Verbreitung von politischen Informationen stets wirksame gegenläufige Tendenz der thematischen Ermüdung versucht man zu kompensieren durch eine Steigerung des Erregungsniveaus, durch höchstmögliche Aktualität und immer schrillere Informationen. Was bedeutet die Einübung eines solchen auf „thrill" angelegten Mediendiskurses für die Entstehung bzw. Verstärkung von Ausländerfeindlichkeit?

Der Widerspruch zwischen der Nichteinwanderungs-Rhetorik und der Realität steigender Zuwanderungszahlen und wachsender Unterbringungsschwierigkeiten zieht allein schon die Medienaufmerksamkeit auf sich. Da die Medien strukturell auf Krisenberichterstattung ausgerichtet sind, unterliegt auch das Ausländerthema dieser Zuspitzung und Dramatisierung. Die Möglichkeit der Personalisierung und die Tatsache, daß das Thema politisch kontrovers ist und bei bestimmten Bevölkerungsgruppen Aggressionen weckt, erhöht die emotionale Qualität und Dramatik zusätzlich. Autoren aus dem Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) haben den Mediendiskurs zum Thema Asyl eingehend analysiert[44]. Ute Gerhard hat vor allem auf den Appell an im Kollektivbewußtsein eingeschliffene Naturkatastrophen- und Militärklischees aufmerksam gemacht: *„Die Bundesrepublik ist im Verhältnis zu Flüchtlingen und Einwanderern wie eine 'Insel', ein 'Land' ohne 'Damm' angesichts von Fluten; wie ein 'Boot' in den 'Fluten' mit 'geöffneten Schotten' bzw. 'Undichtigkeiten', wie ein Land, bei dem trotz einer 'Belagerung' bzw. 'Invasion' die 'Einfallstore' weit offen stehen, wie ein 'Haus', in dem ein 'Sprengsatz' deponiert wird; wie ein 'Körper', der von 'Krankheiten', 'Giften', wie z. B. 'Drogen' bedroht ist; wie ein 'Haus' mit 'nicht funktionierender Tür' angesichts des 'Riesenandrängens' bzw. 'Ansturms' und schließlich wie eine 'Oase der Ordnung', die bedrängt wird von der 'Wüste des Chaos'."*[45]

Es ist nicht allein die „BILD-Zeitung"[46], die diese hysterischen Bilder verbreitet. Auch ein Medium wie „Der Spiegel", das an anderer Stelle dazu aufruft, die Bevölkerung der reichen Länder darauf vorzubereiten, die Tatsache zunehmender Wanderungsbewegungen zu akzeptieren[47], schließt sich in den Headlines, der

42 Willems, H./Würtz, St./Eckert, R. (Anm. 3), S. 136.

43 Die Politiksendungen der siebziger Jahre heißen „Monitor", „Report" oder „Panorama", die Polit-Magazine der neunziger „Explosiv", „Der heiße Stuhl", „Frontal" oder „ZAK".

44 Siehe Jäger, S./Link, J. (Hrsg.), Die Vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg 1993; Jäger, S., BrandSätze. Rassismus im Alltag, 2. durchges. Aufl., Duisburg 1992; Gerhard, U.: „Fatale Folgen! Die Mediendebatte zum Thema Asyl", in: Westdeutscher Rundfunk (Hrsg.), Gute Absichten – fatale Folgen. Fremdenfeindlichkeit in den Medien, Köln 1992, S. 27–34; Quinkert, A./Jäger, S. (Anm. 26).

45 Gerhard, U.: „Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu Asylantenfluten werden – zum Anteil des Mediendiskurses an rassistischen Pogromen", in: Jäger, S./Januschek, F. (Hrsg.), Der Diskurs des Rassismus. Ergebnisse des DISS-Colloquiums im November 1991, Oldenburg 1992, S. 163–178 (170). Siehe auch die Sammlung weiterer Headlines bei Struck, M.: „Der journalistische Alltag und seine Fußangeln", in: Struck, M. (Hrsg.), Zuwanderer in den Medien, herausgeg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Forum WIR e. V., Köln 1993, S. 9–19.

46 Vgl. Quinkert, A./Jäger, S. (Anm. 26).

47 Der Spiegel vom 6. April 1992.

Aufbereitung der Statistiken und in der Aufmachung der Titelseiten der Katastrophen-Symbolik an. Hervorstechende Beispiele sind das Titelbild der Ausgabe vom 9. September 1991 mit dem „vollen Boot Deutschland" und das phototechnisch manipulierte Titelbild vom 6. April 1992, in das um der gesteigerten Dramatik willen zwei Grenzbeamte nachträglich hineinmontiert wurden, die von einer nach innen drängenden Asylbewerber-Masse gleichsam überrannt werden.[48]

Medienkampagnen waren in den vergangenen Jahren der Resonanzboden, über den Politikeräußerungen zur „Ausländer-Problematik" verstärkt wurden. In einem Wechselspiel der Dramatisierungen wurde die politische Problemwahrnehmung des Publikums angeheizt. Zum Teil wurden geradezu hysterische Gefühle der Bedrohung erzeugt, die eine Umkehrung der Täter-Opfer-Perspektive ermöglichten und kollektive Abwehrreaktionen legitimieren konnten.

Mein Argument zielt aber noch weiter: Das gesteigerte Interesse der Medien an Dramatik und Aktualität machte sie empfänglich für die in der Folge vom rechten politischen Spektrum ausgehenden Kampagnen und Tabu-Verletzungen. Die Tradition, bestimmte Themen und Personengruppen aus der Öffentlichkeit auszugrenzen, geriet zunehmend in Konflikt mit der Logik der Einschaltquoten. Gerade weil bestimmte Tabus (noch) bestehen, verspricht deren Verletzung erhöhte Aufmerksamkeit.

Diese Interessenlage der Medien wird von der rechten Szene seit langem schon einkalkuliert. In einem vervielfältigten Strategiepapier des Neonationalsozialisten Michael Kühnen aus dem Jahr 1979 heißt es: *„Das Geheimnis unseres politischen Erfolges ist der Einsatz der Massenmedien (...). In unserem System haben die Massenmedien zwei Aufgaben – ein demokratisches Bewußtsein zu schaffen, das verlangt das System von seinen Rotationssynagogen, und eine interessante Story zu liefern, das verlangt das Publikum. Bei dieser Sachlage braucht die ANS oder andere Kampfverbände des Nationalen Sozialismus nur an ein Tabu zu rühren, und die Journalisten wittern eine gute Schlagzeile. Tabus aber liegen in Deutschland zu Dutzenden auf der Straße: Das Judenproblem, der Vergasungsschwindel, die Kriegsschuldlüge, die geschichtliche Größe Adolf Hitlers, die illegale NSDAP. Und auch ein Mittel sind einfach dreißig Mann mit Knobelbechern und braunen Hemden, eine Adolf-Hitler-Gedenktafel oder das schlichte und ehrliche Bekenntnis: Ich bin kein Demokrat. (...) Die Presse heult auf, der Justiz- und Polizeiapparat setzt sich in Bewegung, und große Schlagzeilen reißen eine kleine Bewegung aus ihrer politischen Bedeutungslosigkeit (...). In dieser Situation ist es die Kunst eines politischen Leiters, die Sensationsgier der Presse wachzuhalten, sich etwas Neues einfallen zu lassen".*[49]

Die Schwierigkeit angemessener Gegenstrategien liegt darin, daß sich solche Aktionen gezielt unterhalb der Ebene des Justitiablen bewegen und die Angewiesenheit aller an der politischen Öffentlichkeit Beteiligten auf massenmediale Aufmerksamkeit antizipieren.

5. Politische Öffentlichkeit und ausländerfeindliche Gewalt

Daß das Ablehnungspotential gegenüber den Zuwanderern generell durch Politik und Medien verstärkt worden ist, steht nach den vorangegangenen Abschnitten außer Frage. Ist aber auch das Ausmaß an fremdenfeindlicher Gewalt durch Prozesse der politischen Öffentlichkeit beeinflußt worden?

Deutliche Ablehnungsreaktionen der Bevölkerungsmehrheit können schon als eine der begünstigenden Bedingungen für die Gewaltak-

48 Ute Gerhard kommentiert diese Photomontage (Ersetzen eines zivilen Verwaltungsbeamten vor der Asylstelle Berlin-Tiergarten durch zwei uniformierte Grenzschützer) folgendermaßen: „Zum einen wird der Blick durch die viel auffälligeren und größeren Figuren sofort auf die Diskrepanz zwischen den beiden einzelnen Personen und der 'Masse' gelenkt. Zum anderen wird gleichzeitig die Grenze assoziiert, damit wird das, was überrannt wird, eben zur BRD insgesamt. Das abgebildete Ereignis eines konkreten Zeitpunkts an einer Stelle in Berlin wird damit zum Symbol für den angeblichen 'Sturm' auf die BRD schlechthin. Das Bild wird angeschlossen an die vielen symbolischen Darstellungen zum Thema. Dadurch, daß die Montage nicht thematisiert bzw. als Montage akzentuiert ist, wird das Foto zu einer realistischen Inszenierung dieser Symbolik, ein vorgeblich 'reales' Bild der 'Überflutung'". U. Gerhard (Anm. 44), S. 28.

49 Zitiert nach Dudek, P./Jaschke, H.-G., Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Band 1, Opladen 1984, S. 31.

tionen angesehen werden.[50] Nach einer Umfrage des Instituts Allensbach stimmten im Oktober 1991 immerhin 18 Prozent aller Bundesbürger der Aussage zu „Ich bin ja nicht für Gewalt, aber offensichtlich muß man erst auf diese Weise Rabatz machen, damit sich überhaupt etwas tut."[51] 21 Prozent der Bundesbürger (in den alten Ländern) glaubten nach dieser Umfrage, im September 1992 (also unmittelbar nach Rostock) sogar 27 Prozent der Bundesbürger, daß die meisten ihrer Landsleute Verständnis für diejenigen haben, die Anschläge auf Asylbewerberwohnheime verüben.[52] Die Frage nach ihrem eigenen Verständnis für Gewalt gegen Asylbewerber beantworteten nach dem Politbarometer im Oktober 1992 immerhin 12 Prozent der Westdeutschen, 17 Prozent der Ostdeutschen mit „ja". Die Gewalttäter konnten also darauf vertrauen, wenn auch nicht in ihren Mitteln, so doch in der Zielrichtung ihrer Aktionen mit der Meinung eines nicht unbedeutenden Teils des Publikums im Einklang zu stehen. Man hat insofern zu Recht argumentiert, die meist jugendlichen Gewalttäter hätten sich als Stellvertreter gefühlt[53] bzw. das in Taten umgesetzt, was in ihrem sozialen Umfeld und unter den Erwachsenen Thema der politischen Alltagskommunikation war.

Die Spiegelung der Übergriffe über das Forum der Öffentlichkeit hatte darüber hinaus weitere Verstärkungs- und Katalysator-Wirkungen. Unterscheiden könnte man einen unmittelbaren Rückkoppelungseffekt, der auf die durch Medienaufmerksamkeit vermittelte Bestätigung zurückgeht, von Nachahmungs- und Rekrutierungseffekten, die in der weiteren Folge auftreten. Eine Gewaltaktion ist demnach der Kristallisationskern einer Kommunikations-Spirale, die zu weiteren Gewaltaktionen führt.

Der Aufmerksamkeits- und Beschäftigungseffekt ist deshalb von Bedeutung, weil sich in den Gewaltaktionen die Logik medialer Verwertungsinteressen mit dem Geltungsbedürfnis rechter Jugendgruppen trifft. Da Gewalt zu den letzten Tabus unserer Gesellschaft zählt, richtet sich die Medienaufmerksamkeit fast zwanghaft auf Äußerungen von Gewaltbereitschaft bzw. auf Gewaltausübung. Die Berichterstattung über Gewalt nimmt breiten Raum ein, da alle Bedingungen für einen hohen Nachrichtenwert gegeben sind: Dramatik, Normverletzung, Personalisierungsmöglichkeit und gegebenenfalls Aktualität. Die sog. gewaltaffine Jugendszene sah sich anfang der neunziger Jahre ganz unverhofft vor der Möglichkeit, mit einfachsten Mitteln Prominenten-Status und öffentlichen Einfluß zu erringen. Der „stille Lehrplan" der Medien für die „Szene" hieß: exotische Selbststilisierung, Schockieren mit faschistischen Symbolen und öffentliche Demonstration von Gewaltbereitschaft.

Die Parallele zur „großen Politik" ist überdeutlich. Auch Politiker liefern einerseits den Medien Stoff für das alltägliche 'Politik-Theater' und sichern ihnen damit ihre Kundschaft, d.h. hohe Leser- bzw. Zuschauerzahlen. Politische Aktionen sind andererseits wiederum 'mediensüchtig', da nur die Medien die Chance bieten, sich einem Massenpublikum darzustellen und sich die Publizität als Machtmittel im politischen System einsetzen läßt.[54] Ganz analog findet die rechte Jugendszene in den Medien nicht nur ein Forum der persönlichen Selbstdarstellung[55], sondern auch Zugang zur politischen Bühne.

50 Siehe Jaschke, H.-G.: „Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? Über die Ethnisierung sozialer und politischer Konflikte", Mitteilungen des Instituts für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt 2/1993, S. 28–44; Ohlemacher, Th.: „Public Opinion and Violence against Foreigners in the Reunified Germany", Zeitschrift für Soziologie 3/1994, S. 222–236.

51 Noelle-Neumann, E./Köcher, R. (Anm. 29), S. 530.

52 Vgl. ebd., S. 541.

53 Vgl. Klinger, F.: „Soziale Konflikte und offene Gewalt. Die Herausforderungen des Transformationsprozesses in den neuen Bundesländern", DA 2/1993, S. 147–161 (150).

54 Die Diskussion, ob man Rechtsextremisten ein mediales Forum durch Einladung zu Talkshows, Politikerrunden etc. bieten darf, hat hier ihre Wurzel. Denn es geht ja nicht mehr nur um die Frage, wie man die von ihnen geäußerten inhaltlichen Positionen differenzieren oder neutralisieren kann, sondern um den Zuwachs an Aufmerksamkeit, der ihnen auf jeden Fall zuteil wird, und das um so stärker, je provokanter sie sich geben.

55 „Auch wenn man nicht positiv dargestellt wird: man ist wer, wenn man selbst oder die 'Sache', für die man angeblich kämpft, Medienbedeutung erhält"; Grobel, J.: „Gute Absichten – fatale Folgen? Der Beitrag der Medien zum Thema Fremdenfeindlichkeit", in: Westdeutscher Rundfunk (Hrsg.), Gute Absichten – fatale Folgen. Fremdenfeindlichkeit in den Medien, Köln 1992, S. 14.

Die Logik der Einschaltquoten läßt die Übergänge von der Medienaufmerksamkeit zur Medienanerkennung und Medienmitwirkung fließend werden. Die *„kulturindustrielle Verwertung"*[56] erzeugt stille Interessenkoalitionen und unfreiwillige Komplizenschaften.[57] Es gibt inzwischen zahlreiche Belege dafür, daß die Medien mit pseudo-authentischen Berichten über die Szene deren Selbstinszenierung transportierten und auch schon dazu übergingen, die Realität selbst zu erzeugen, über die sie zu berichten vorgeben. Dazu einige Beispiele.

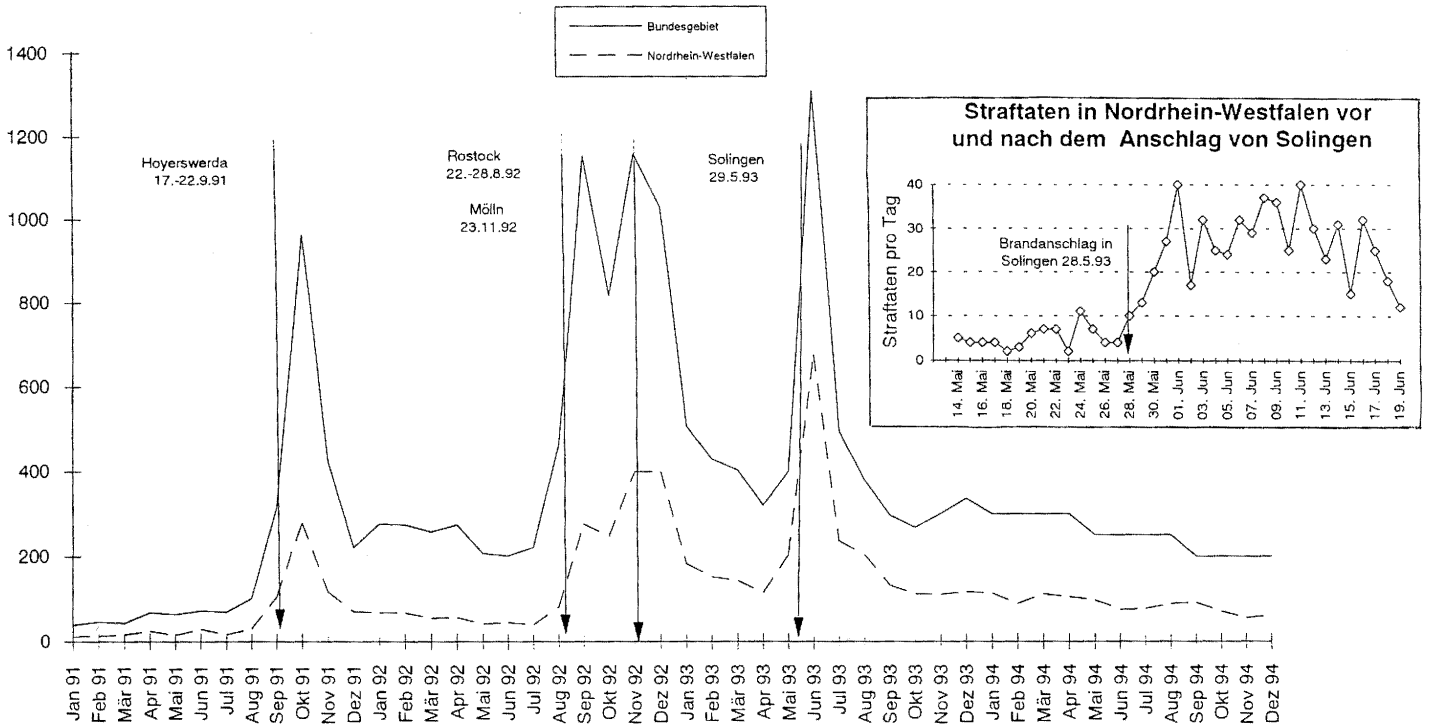
Der Presserat hat am 25. November 1992 darauf hingewiesen, daß in der „Szene" Tarife kursieren, etwa für das Posieren vor der Kamera mit Hitlergruß (500 DM) oder für das Absingen des Horst-Wessel-Liedes (1000 DM), aber auch für Interviews.[58] Schon 1992 wies F. Hundseder darauf hin, daß Ewald Althans seinen „Aufstieg" der Ästhetik der Bildberichte verdankte: Althans sieht aus wie: *„ein Verschnitt aus Burt Lancaster und Reinhard Heydrich – eben so, wie man sich im Ausland einen deutschen Neonazi vorstellt, fast zwei Meter groß und blond"*[59]. Inzwischen hat Wilfried Bonengel ihm mit dem Film „Beruf: Neonazi" eine (als „Selbstentlarvung" geplante) „Dokumentation" gewidmet, die alle schon bisher bestehenden Möglichkeiten der politischen Selbstdarstellung und Anhängerwerbung noch weit übertrifft.

Nach Aussagen einer ZDF-Mitarbeiterin hat ein RTL-Fernsehteam junge Türken bei einer Demonstration nach dem Brandanschlag von Solingen zu Sprechchören („Blut. Wir wollen Blut") vor der Kamera ermuntert. In einer gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen dem ZDF und RTL zweifelte das Gericht nicht an der Glaubwürdigkeit der ZDF-Mitarbeiterin, die das Geschehen beobachtet hatte, sondern lediglich an der Eindeutigkeit der Handbewegung, mit der ein RTL-Redakteur den Einsatz des Sprechchores gesteuert haben soll.[60] Bei den Krawallen in Köln-Ehrenfeld anläßlich der Trauerfeier für die Opfer von Solingen zersplitterten die Schaufenster vor allem in der Nähe der Fernsehkameras. Inzwischen kann man bei den verschiedensten politischen Ausschreitungen beobachten, daß die pure Anwesenheit der Fernsehkameras gewaltanstiftend wirkt.[61]

Zu den unmittelbaren Belohnungs- und Bestätigungseffekten treten Nachahmungs- und Rekrutierungseffekte aufgrund der überregionalen Publizität. Die Medien haben die Welle der Gewalt zwar nicht initiiert, aber die Welle von Gewalt, wie sie tatsächlich erzeugt wurde, wäre ohne sie kaum denkbar. Überspitzt könnte man sagen: Was der rechtsextremen Szene im Vergleich zur linksextremen an konzeptioneller und organisatorischer Logistik fehlte, hat sie über Medienpräsenz kompensieren können. Schon bei den Ausschreitungen in Hoyerswerda war es der Mobilisierung durch die Medien zuzuschreiben, daß gewaltbereite Jugendliche auch aus der weiteren Umgebung anreisten. Bei den Ausschreitungen in Rostock begann sich das aktuelle Geschehen vollends nach der Logik des Fernsehens zu richten. Nachdem bekannt wurde, daß sich die Kameras mehrerer Sendeanstalten postiert hatten, zog es die Extremisten aus dem gesamten Umland nach Lichtenhagen. *„In den Nachrichtensendungen verkündeten live zugeschaltete Sprecher, daß man stündlich mit neuen Krawallen rechne."*[62] Aber auch mittel- und langfristig haben die Filmberichte ein Massenpublikum mit Handlungsmodellen vertraut gemacht, an denen sich die 'gewaltaffine Szene' orientieren konnte, und damit wiederum die Schwellenwerte für Gewalthandlungen herabgesetzt.[63] Die „Fieberkurve" fremdenfeindlicher Straftaten[64] hat ihre Ausschläge jeweils nach den medienwirksamen Ereignissen gehabt. Nach den Berichten über Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen stieg jeweils die Zahl der Anschläge an den folgenden Wochen-

56 Dudek, P./Jaschke, H.-G. (Anm. 49), S. 32.
57 Vgl. Jaschke, H.-G.: „Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und das Fernsehen", abgedruckt in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Anm. 4), S. 41–48 (46).
58 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. November 1992, S. 33.
59 Hundseder, F.: „Medien und Rechtsradikalismus. Zwischen Sensationsgier und Ignoranz", Vorgänge Nr. 118, Heft 4/1992, S. 1.
60 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. August 1993, S. 26.
61 Vgl. Schirrmacher, F., in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Dezember 1992.
62 Ebd.
63 Vgl. Lüdemann, Chr.: „Zur 'Ansteckungswirkung' von Gewalt gegenüber Ausländern. Anwendung eines Schwellenwertmodells kollektiven Verhaltens", Soziale Probleme, 3. Jg. (1992), S. 137–153.

Abbildung 3
Fremdenfeindliche Straftaten in der Bundesrepublik 1991–1994



Quelle: BKA Wiesbaden; LKA Düsseldorf.

enden auf ein Vielfaches an, wobei oft bis in Details der Tatablauf der „Vorbilder" nachgeahmt wurde.

Der Ausschnitt in Abbildung 3 zeigt den Anstieg der Anschläge pro Tag unmittelbar nach dem Brandanschlag in Solingen. Ähnliche Nachahmungseffekte gab es nach den „Direktübertragungen" von den Rostocker Krawallen auch in entfernteren Bundesländern. Nach den Ereignissen in Hoyerswerda vom 17.–22. September 1991 zählte man für die beiden letzten Septemberwochen und den Oktober, also für einen Zeitraum von etwa sechs Wochen, über 1000 Straftaten und über 400 Gewalttaten in ganz Deutschland.

Abschließend bleibt die Frage zu klären, ob und wie politische Öffentlichkeit auch gewaltmildernd wirksam werden kann. Dazu bietet es sich an, Einflüsse zu untersuchen, denen die Umkehr der Thematisierungsspirale im Jahr 1993 zuzuschreiben ist. Daß das Ausländerthema aus dem Rampenlicht verschwindet, ist zunächst auf die Einigung der politischen Parteien zum Asylrecht im Dezember 1992 zurückzuführen. Abbildung 1 (siehe oben) vermittelt den Eindruck, das Thema wäre geradezu erdrutschartig weggebrochen, wenn nicht der Anschlag von Solingen noch einmal das öffentliche Interesse aufgewühlt hätte. Interessant ist, daß die Problemwahrnehmung rasch abnimmt, obwohl das Publikum mehrheitlich keineswegs davon überzeugt ist, daß der „Asylkompromiß" die Probleme tatsächlich löst.[65] Dies spricht dafür, daß weniger der politische Kompromiß selbst als vielmehr die in der Folge nachlassende Thematisierung der Asylfrage durch die etablierten Parteien von entscheidendem Einfluß war.

Als weiterer Auslöser für den Stimmungsumschwung ist der Schock über den Brandanschlag von Mölln zu nennen. Während noch in den Übergriffen von Rostock nicht nur Ablehnung und Haß gegenüber den Asylbewerbern, sondern auch ein Element der Unzufriedenheit gegenüber dem politischen System im Spiel war, war der Anschlag auf Mölln ein nur noch rassistisch begründbarer, heimtückischer Mord. Mölln ließ sich nicht mehr parteipolitisch instrumentalisieren, weil die Tat jede weitere Abwehrargumentation diskreditierte. Abbildung 4 zeigt, wie sich ein grober Indikator der Forschungsgruppe Wahlen für die generelle Akzeptanz von Ausländern nach den wichtigsten Gewaltereignissen veränderte. Einen deutlichen Umschwung in der öffentlichen Meinung konnte man schon nach den Ereignissen von Hoyerswerda feststellen. Sowohl in den neuen wie in den alten Bundesländern schwenkt die Mehrheitsmeinung zugunsten der „Ausländer" um. Allerdings bleiben in Westdeutschland etwa 40 Prozent der Befragten auch in der Folgezeit bei der Meinung, es sei „nicht in Ordnung", „daß in Deutschland so viele Ausländer leben". In den neuen Bundesländern haben die Vertreter dieser Position schon im Sommer 1992 wieder die Meinungsführerschaft, und bezeichnenderweise nimmt ihre Anhängerschaft nach den Ereignissen von Rostock sogar noch weiter zu.

Mölln dagegen zeitigt einen ähnlich deutlichen Meinungsumschwung wie Hoyerswerda. Der Anteil derjenigen, für die in Deutschland zu viele Ausländer leben, liegt im Dezember 1992 bei etwa 22 Prozent, während er noch im Sommer 1991 bei über 50 Prozent lag. Nach dem Brandanschlag rückt das Thema „Rechtsradikale", das nach Hoyerswerda erstmals von nur 6 Prozent der Befragten genannt wurde, zeitweilig auf Platz zwei der wichtigsten innenpolitischen Themen (siehe oben Abbildung 1). Auch in den neuen Bundesländern ist zunächst wieder ein deutlicher Sympathie-Effekt zu verzeichnen, der sich aber wiederum in kürzester Zeit zu verbrauchen scheint. Für die Bundesrepublik insgesamt zeigt sich in den verschiedensten Umfragen ein eindrucksvoller Meinungsumschwung.[66] Verständnis für die Gewalttäter bringt nur noch der harte Kern des rechtsextremen Unterstützerpotentials auf.[67]

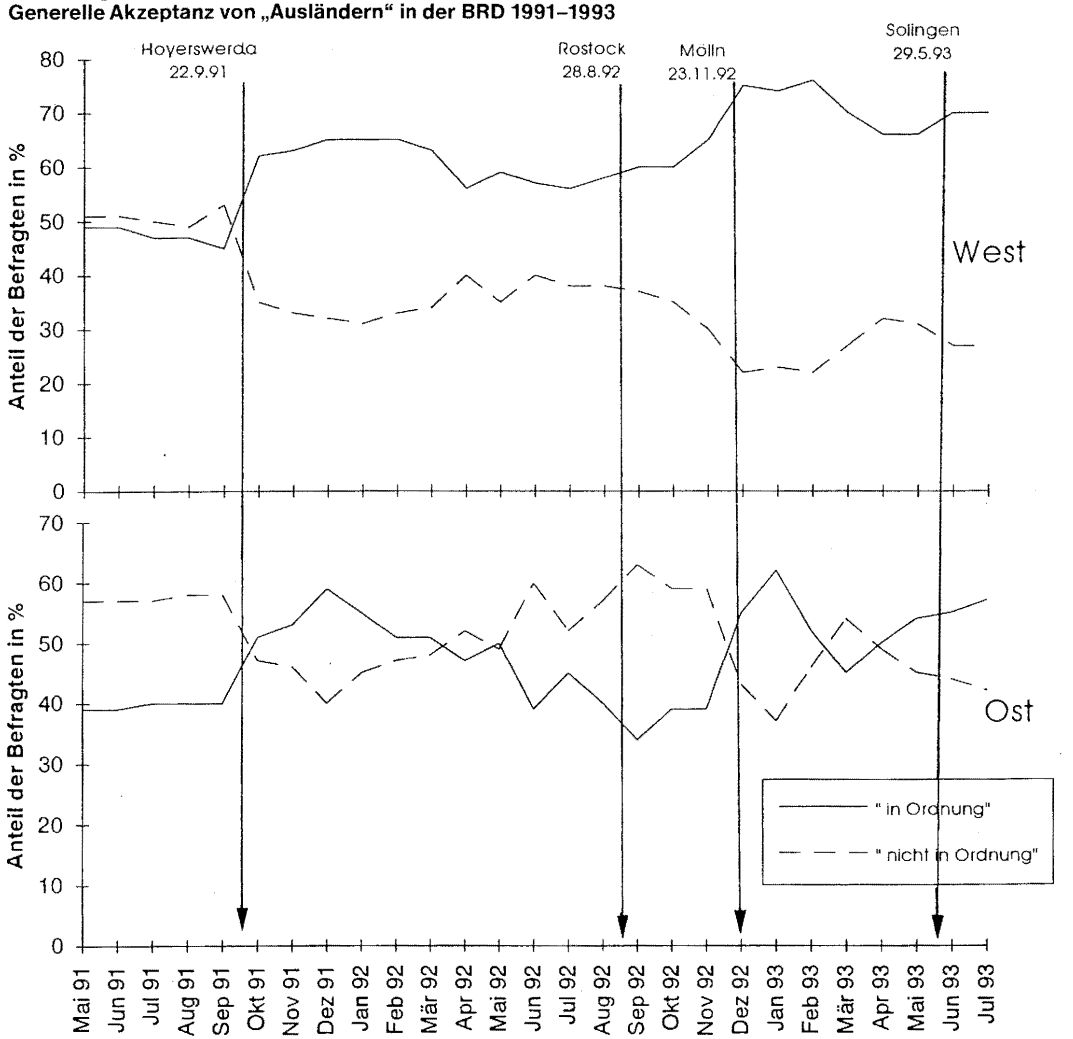
64 Für 1994 stützt sich die Kurve für das Bundesgebiet noch auf Schätzungen, weil inzwischen die Veröffentlichung der Daten selbst zum Politikum geworden ist und der Veröffentlichung der Bundesdaten langwierige Abstimmungen zwischen den Ländern vorausgehen.

65 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer 1/1993, S. 3.

66 Vgl. Thränhardt, D. (Anm. 27), S. 17.

67 Während unmittelbar nach den Rostocker Ereignissen, die sich ja auf das Thema Asylbewerber bezogen, noch 12 Prozent der Westdeutschen Verständnis für Gewalt bekundeten, waren es nach dem Brandanschlag von Mölln noch 5 Prozent. Emnid-Umfrage, in: Der Spiegel 50/1992 v. 7. 12. 1992.

Abbildung 4
Generelle Akzeptanz von „Ausländern" in der BRD 1991–1993



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen.

Die Einflußfaktoren, die dem Stimmungsumschwung zugrundeliegen, sind analog zu denen, die das Thema auf die politische Tagesordnung gesetzt haben. Nur laufen die kommunikativen Kettenreaktionen nun in umgekehrter Richtung. Der Nachrichtenwert von Zuwanderungsfragen ist zu Beginn des Jahres 1994 nach dem enormen Themenverschleiß der letzten Jahre auf dem Nullpunkt, zumal sich auch quantitativ durch die Asylrechtsänderungen die Lage tendenziell zu entspannen beginnt. Die Gegenmobilisierung kann sich auf einen nicht unbedeutenden Anteil ausgesprochen „ausländerfreundlich" gesinnter Bundesbürger stützen, die durch die Abwehrdiskussion der letzten Jahre überrollt worden sind, sich aber punktuell, wie beispielsweise bei der Kampagne um das Wallraff-Buch *Ganz unten,* deutlich artikuliert haben. Schon nach den Pogromen von Rostock, erst recht aber nach dem Brandanschlag von Mölln

sind Gegenaktionen ins Leben gerufen worden wie Telefonketten zum Schutz und zur moralischen Unterstützung der Bewohner von Ausländerwohnheimen, Anzeigen und Plakataktionen, die an die Moral der Bürger appellierten, Gründung von Runden Tischen, Auslobung von Preisen und Auszeichnungen, verschiedenste Maßnahmen der Information und Aufklärung sowie der interkulturellen Begegnung, die nicht von der etablierten Politik, sondern von Initiativgruppen, Solidaritätskomitees, den Kirchen, Schulen und Gewerkschaften organisiert wurden.

Eike Hennig ist der Meinung, daß es die sozialen und nicht etwa die politischen Eliten waren, die den Meinungsumschwung eingeleitet haben.[68] Die These mag zutreffen, sie ist dennoch schwer zu belegen, da sich auch viele Politiker auf den anfahrenden Wagen aufschwingen, als das Thema Betroffenheit und Solidarität an Zugkraft gewinnt. Nachdem der Bundespräsident in Berlin zu einer Massenkundgebung aufruft und alle großen Parteien (mit Ausnahme der CSU) teilnehmen, dreht sich die Meinungsspirale immer schneller in die andere Richtung. Zwischen Anfang November 1992 und Ende Januar 1993 erlebt die Bundesrepublik eine beispiellose Serie von Solidaritätsdemonstrationen und Lichterketten, an denen sich fast 3 Mio. Menschen beteiligen: *„Sogar BILD war dabei und rief zu einer Lichterkette in Hamburg auf."*[69]

6. Ausländerfeindlichkeit und politische Kommunikation

Daß der politische Kommunikationsprozeß zu eruptiven Ausschlägen, zu steilen Themenkarrieren und ebenso krassen Themeneinbrüchen[70] neigt, hat damit zu tun, daß alle Beteiligten: Regierung und Opposition, die Medien, aber auch soziale Bewegungen, Protestgruppen und selbst gewaltbereite Außenseiter in ihrem Handeln eng aufeinander, eben auf das System der politischen Öffentlichkeit bezogen sind. Da das System Kapazitätsgrenzen hat, also Themen untereinander in Verdrängungswettbewerb stehen[71], richtet sich die Aufmerksamkeit jeweils nur auf wenige Themen, deren politische Lösung gerade ansteht. Da die Fähigkeit des konkurrenzdemokratischen Systems, Probleme zu benennen und dafür das Publikum zu mobilisieren, also seine Thematisierungsfähigkeit bei weitem entwickelter ist als seine Problemlösungsfähigkeit, kann es geschehen, daß Themen im 'Vorlauferhitzer' des politischen Entscheidungssystems gleichsam heißlaufen, ohne daß befriedigende politische Lösungen gefunden werden.

Zwei Akteure, die im Zentrum des Öffentlichkeitsprozesses stehen, haben an einer solchen thematischen Überhitzung besonderen Anteil: die Parteien und die Medien. Sie erzeugen thematische Kettenreaktionen und Schneeballeffekte schon allein durch ihre enge, geradezu *„symbiotische Austauschbeziehung"*[72]. Die von den Medien erzeugte Realität nimmt für das politische System inzwischen den Stellenwert einer Primär-Wirklichkeit ein, obwohl die Medienberichterstattung selbst bereits in hohem Maße durch Verlautbarungen, Öffentlichkeitsarbeit und Ereignismanagement des politischen Systems präformiert ist. Schließlich folgt auch das Publikum sehr weitgehend den von der Medienberichterstattung gewählten Problemzuschnitten und Dramatisierungen.[73] Wenn nun Politik (durch Meinungsforschung instruiert) auf diese bereits verengte Wahrnehmung der politischen Wirklichkeit wiederum lediglich mit

68 Vgl. Hennig, E.: „Neonazistische Militanz und fremdenfeindliche Lebensformen in der 'alten' und 'neuen' Bundesrepublik Deutschland", in: Merten, R./Otto H.-U. (Anm. 7), S. 64–79 (71).

69 Thränhardt, D. (Anm. 27), S. 17.

70 Klassisch hierzu für das Ökologie-Thema ist Downs, A.: „Up and down with Ecology: The Issue Attention Cycle", The Public Interest Nr. 28, 1972, S. 38–50.

71 Siehe Pfetsch, B.: „Themenkarrieren und politische Kommunikation. Zum Verhältnis von Politik und Medien bei der Entstehung der politischen Agenda", Aus Politik und Zeitgeschichte B 39/1994, S. 11–20.

72 Sarcinelli weist pointiert darauf hin, „daß wir es in der Beziehung von Politik und Journalismus mit einer Art Tauschverhältnis mit wechselseitiger Abhängigkeit zu tun haben, vergleichbar mit zwei Branchen, die auf Zulieferung der jeweils anderen angewiesen sind. Getauscht wird Publizität gegen Information." Sarcinelli, U.: „Massenmedien und Politikvermittlung – eine Problem- und Forschungsskizze", in: Wittkämper, G. W. (Hrsg.), Medien und Politik, Darmstadt 1992, S. 37–62 (46).

73 Kepplinger behauptet z. B. für die Problemwahrnehmung der Bevölkerung im Falle des Reaktorunfalls in Tschernobyl, „daß die Sorgen der Bevölke-

Blick auf vermeintlich vorgegebene Mehrheitsmeinungen reagiert, dann entstehen Rückkoppelungsschleifen, die zwangsläufig thematische Aufschaukelung bewirken. Diese Gefahr wird offenbar durch die zunehmende Kommerzialisierung der Medien und die „Modernisierung" der Volksparteien erhöht. Je stärker die an der politischen Öffentlichkeit Beteiligten in ihren Partikularinteressen verhaftet sind, also Parteien sich nur noch als politische Unternehmer (d.h. als Stimmenmaximierer) verhalten und Medien sich ebenfalls unternehmerisch ganz überwiegend an Absatzzahlen und Einschaltquoten orientieren, desto eher entstehen Folgen für die Gesamtheit, auf die die Strategien der einzelnen Akteure nicht abzielen, und Prozessabläufe, die keiner Steuerung zugänglich sind. Die politischen Folgen können dramatisch sein, wenn ein aufgeheiztes Thema zudem personalisiert werden kann, sich die politische Unzufriedenheit also über einer Bevölkerungsgruppe entlädt.

Beängstigend an der Entwicklung fremdenfeindlicher Gewalt in den letzten Jahren war aus dieser Sicht nicht nur die erhebliche Gewaltneigung der Jugendlichen, sondern auch die nur noch partikulare Handlungsrationalität der Hauptakteure der politischen Öffentlichkeit, die eine Gegensteuerung dem kulturellen System, d.h. dem politischen Gewissen der Bürger überantwortet hatten. Ein brisantes politisches Thema wurde auch dann noch weiter angeheizt, als schon erkennbar war, daß damit einer diffusen sozialen Unzufriedenheit, dem politischen Protest und dem banalen Ressentiment eine aggressive Stoßrichtung vorgegeben wurde. Haben wir es der Einsicht in die Gefahren oder einfach nur Glücksumständen zu verdanken, daß das „Ausländerthema" im Superwahljahr 1994 keine zentrale Rolle mehr gespielt hat? *„Demokratische Politik hätte die Aufgabe, mittels rationaler Problemaufklärung komplexe Ursache-Wirkungszusammenhänge öffentlich zu machen, um schreckliche Vereinfachungen, Panikreaktionen oder ein Abgleiten aus der fixen Idee in offene Wahnvorstellungen und Gewalttätigkeiten zu verhindern."*[74] Aber wie soll das erreicht werden, wenn im Wahlkampf selbst Schiedsgerichte im Strudel der Parteistrategien untergehen? Aus dem Gladbecker Geiseldrama hat die Polizei inzwischen gelernt, daß man bei Großfahndungen gegebenenfalls die Öffentlichkeit und Presse ausschließen muß. Vielleicht müßte man auch bei politischen Straftaten das Ausmaß der Medienmitwirkung beschränken und auch Foul-Spiele der Parteien durch Einrichtung unabhängiger Schiedsgerichte sanktionieren.

rung in einem Abstand von etwa zwei Wochen dem Auf und Ab der Fernsehberichterstattung folgten, wobei man etwa ein Viertel der Meinungsänderungen auf die Fernsehberichterstattung zurückführen kann". Kepplinger, H. M., Ereignismanagement. Wirklichkeit und Massenmedien, Zürich 1992, S. 103.

74 Blanke, B.: „Zuwanderung und Asyl. Zur Kommunikationsstruktur der Asyldebatte", in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Argumente gegen den Haß. Über Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Bd. II: Textsammlung, S. 245–250 (248).

Manfred Jäger
Kultur und Politik in der DDR
1945–1990

Edition Deutschland Archiv
288 Seiten, DM 22,–
ISBN 3-8046-0341-6
Verlag Wissenschaft und Politik

Mit diesem Band liegt eine chronologisch aufgebaute, abgeschlossene Geschichte des Wechselverhältnisses von Kultur und Politik in der DDR vor. Im Mittelpunkt der präzisen, anschaulich geschriebenen Darstellung steht die Literatur, die bei den Kulturfunktionären stets die größte Aufmerksamkeit fand und zu den heftigsten Kontroversen führte.